

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 8 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Gravenstr. 5/6,
und durch Kolonialwaren zu bestreichen.
Preis vierfachjährlich M.R. 2.50,-
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M.R. 2.50,-
bei uns Haus M.R. 2.90,-
wo keine Post am Ort. M.R. 2.80,-

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Gesephor
Gedaktion 3141.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Verlagsdirektor: Dr. H. von Storch
Mit dem ersten Band 20 M.R.
Kunstliche Farben 20 M.R.
Doppelblätter unter 20 M.R.
Zeitung für Arbeiterschaft 15 M.R.
Sammel-Veröffentlichungen 15 M.R.
Unterstützung für die nachste Ausgabe
Sämtliche Werke sind in der
Expedition abgegeben werden.

Gesephor
Expedition 1206.

Nr. 23.

Breslau, Mittwoch, den 28. Januar 1914.

25. Jahrgang.

Revolutionäre Feier in Russland.

Aus Petersburg wird uns geschrieben:

Der Geburtstag des Blut-Sonntags des Jahres 1905, an dem die Gewehrsalven vor dem Winterpalais der russischen Arbeiterschaft die revolutionäre Feuerzüge gaben, ist in diesem Jahre noch eindrucksvoller gefeiert worden, als selbst im vorigen Jahr. Über 170 000 Arbeiter haben nach mäßiger Schätzung in Petersburg allein gestreikt, hierzu kommen noch ungefähr ebensoviel aus der Provinz, namentlich aus den Osee-Provinzen, in denen die revolutionäre Massenbewegung mit der Petersburger Schrift hält. Welch einen gewaltigen Fortschritt bedeutet diese Kundgebung selbst im Vergleich mit dem Revolutionärsjahr 1905, ganz zu schweigen von den nachfolgenden Jahren der schlimmsten Realität. Damals am 22. Januar 1905 führte ein Pope, gefördert von der Regierung, die Massen der Petersburger Arbeiterbevölkerung mit Bärenporträts und Bildern vor das Winterpalais, um dem Zaren eine Petition zu überreichen, und nur der Druck der sozialdemokratischen Avantgarde der Arbeiterklasse hatte es vermocht, in diese Petition sozialdemokratische Forderungen hineinzustellen und so das Unternehmen des Popes in eine Waffe der revolutionären Aufklärung der Arbeiterschaft zu verwandeln. Und jetzt? Jetzt bedarf es keiner künstlichen Mittel, um das Petersburger Proletariat in eine Kampftstellung hineinzubringen. Tief wurzelt in seinem Bewußtsein der unversöhnliche Haß zu dem bestehenden Regime; in den Schlachten der Revolution, und noch mehr in den düsteren Jahren der Gegenrevolution, hat es sein Klassenbewußtsein gestiftet, seine politische Einsicht, seinen Kampfesmut gestählt, und wo nur die Gelegenheit sich bietet, zerstümmt es in jugendlichem Elan die Schranken des Polizeistaates und demonstriert führt, alle sonstigen Berechnungen außer Acht lassend, für das Andenken der gefallenen Brüder, für den Aufstieg zur neuen Revolution.

Schon mehrere Tage vor dem 22. Januar machte sich, wie stets vor einem bedeutsamen Tag, eine intensive Tätigkeit der Polizei und der Gendarmerie bemerkbar. Die Handlungen und Verhaftungen verhinderten es aber doch nicht, daß die Fabriken und Werkstätten mit Zuspruch der beiden Richtungen, der sozialdemokratischen Partei und der Sozialrevolutionäre, überfielen waren, in denen die Arbeiter aufgefordert wurden, am 22. Januar die Arbeit nie zu legen. Am Abend des 21. Januar fanden in einer Anzahl Fabriken (Baltische Fabrik, Starý Novos, Gefhäuser, Promet, Putlow-Werke und andere) große Meetings statt, auf denen der Streik beschlossen wurde. Am derselben Tage fand in der Ranzlei des Stadthauptmannes eine Beratung der Polizeigewaltigen der Hauptstadt statt, auf der festgestellt wurde, daß die Polizei allein nicht imstande sein würde, etwaigen Demonstrationen vorzubeugen. Es wurde deshalb beschlossen, die Polizei und die Gendarmerie zur Unterstützung heranzuziehen.

Schon in der Nacht zum 22. Januar wurden die Arbeiterviertel mit Polizeimannschaften zu Fuß und zu Pferde überwacht. Der Prokurator-Parkfriedhof, auf dem die Opfer des Blutsonntags beerdigt sind, wurde von starken Polizeiaufstellungen umzingelt. Am Morgen des 22. Januar wurden alle Zugänge zu der inneren Stadt von Polizei und Kosaken besetzt gehalten. Indessen vermochten alle Maßnahmen der Polizei weder den Streik zu verhindern, noch der Überflutung der inneren Stadt von streikenden Arbeitern vorzubeugen. Auf den meisten Fabriken gingen die Arbeiter, ohne die Arbeit begonnen zu haben, unter Absingen revolutionärer Lieder auseinander. In den Arbeitervierteln nahmen die Demonstrationen auf den Straßen zuweilen ganz gewaltige Dimensionen an. Polizei, Gendarmerie und Kosaken trieben die Demonstranten auseinander, die sich aber immer wieder versammelten und bis spät abends auf den Straßen manifestierten.

Ein interessantes Bild bot wie immer der Newsky-Prospekt, die Brückstraße der Residenz. Schon vom frühen Morgen war der Newsky in ein wahres Kriegsschlachtfeld verwandelt worden. Trotz aller Hemmisse sammelten sich zahlreiche Arbeiter in der inneren Stadt an, um auf dem Newsky zu demonstrieren. Die Polizei drängte sie immer wieder in die Seitenstraßen zurück, es kam aber doch im Laufe des Tages zu einzigen Manifestationsverlusten, von denen einer, an der Ecke des Newsky und des Wladimir-Prospektes einen großen Umfang umfaßten. Die Polizei drängte die Demonstranten zurück, indessen brach der Gesang nicht ab, vielmehr grupperten sich die Demonstranten in der Mitte des Fahrdommels und rollten eine rote Fahne auf. Ein Trupp Schutzleute führte sich mit blanke Waffe auf die Demonstranten und trieb sie mit wilden Schlägen auseinander. Erst gegen Abend vermochte die Polizei die „Ordnung“ auf dem Newsky wieder herzustellen.

Einen ähnlichen Umfang wie in Petersburg nahm die Revolutionäre Feier in Riga an. Es streikten hier am 22. Januar über 80 000 Arbeiter, aber fast sämtliche Fabrikarbeiter. In den Vororten wurden von den Arbeitern rote Fahnen gehisst. Es kam im Laufe des Tages zu drei Demonstrationen auf den Straßen. An der einen, die neben der Fabrik Salamander stattfand, nahmen 1000 Personen

teil. Eindrucksvoller war die Demonstration neben der Waggonfabrik „Phönix“, an der 5000 Arbeiter teilnahmen. Weitere Streiks und Massenstationen werden gemeldet aus Moskau, wo 30 Betriebe mit ca. 10 000 Arbeitern streikten, aus Kiew, Nikolajew, Twer und Warschau.

Politische Übersicht.

Die verdorbenen Christen.

In der gesamten Zentrumsopposition des Westens hält die Erregung über den Brief des Kardinals Kopp wider. Die Vorstander „Tiemontia“, in der der Vorsitzende des Augustinusvereins der Zentrumsopposition die Feder führt, droht bereits mit einem Abfall der christlichen Gewerkschaften von der Kirche und mit einer Namensänderung. Sie schreibt:

„Was soll daraus werden, wohin sollen diese Wege führen? Es ist verflucht, einen neuen Frieden in Schloss gegen die christlichen Gewerkschaften zu führen, trotz des Friedens von Mehl! Trotz der bekannten Erklärungen der deutschen Bischofe! Trotz der neulichen Rede des Kölner Oberbürgermeisters! Nun beginnt es sich, nun verständlich! Die christlichen Gewerkschaften dürfen jetzt an nichts dieser Sachlage wohl Verantwortung haben, die Konsequenzen zu ziehen und ihr Für men sich selbst zu überlassen. Ihr Weg ist ihnen vorgezeichnet. Ihre Unabhängigkeit ist notwendig für ihre Existenz. Für die Facharbeiter Berliner Richtung ist in Deutschland nun mal kein Boden: in ihrem Dienst werden sich die katholischen Arbeiter Deutschlands in ihrer überwiegenden Mehrheit niemals stellen können. Mit diesen wenigen Andeutungen wollen wir es heute genug sein lassen. Gott schütze das katholische Deutschland in seinen Prüfungen!“

Das „Düsseldorfer Tageblatt“, ebenfalls ein Zentrumsorgan, schreibt:

„Für die christlichen Gewerkschaften bedeutet die Kundgebung des Kardinal Kopp arbeitslos eine Zukunft, daß ihrer Arbeit sich neue Schwierigkeiten entgegenstellen. Wir, die wir die Männer und ihre Arbeit lieben, empfinden dies mit Ihnen schmerzlich.“

Die Drohung mit dem Abfall wird die Übereinkommen erst recht zur Wirkung bringen und den Christen bald den großen Bann bringen.

Der Rätsel werden immer mehr. Ein Zentrumsblatt, das „Düsseldorfer Tageblatt“, veröffentlicht einen Brief des Kardinals Kopp, den dieser gleichzeitig mit der Enzyklika einem beschränkten Kreise mitgeteilt habe. In diesem Brief erklärt Kardinal Kopp, daß der Kapitular-Bischof Kreuzwald in Köln beauftragt worden sei, die christlichen Gewerkschaften vertraulich über die bevorstehende Veröffentlichung der Enzyklika zu unterrichten, und zwar, damit die christlichen Gewerkschaften unter dem ersten Eindruck nicht zu sehr nachgeben sollten. Die Bischofe würden beide Organisationen, die christlichen Gewerkschaften und die konfessionellen Abteilungen, mit gleichem Wohlwollen behandeln und eine Annäherung versuchen. Schließlich beruft der Kardinal in diesem Rundschreiben die christlichen Gewerkschaften ganz in dem Sinne der jetzt von ihm zurückgenommenen Interpretation. Geradezu ist ja niemals ein besonders hervortretender Charakterzug der Klerikalen gewesen.

In Rom soll übrigens nicht bloß beobachtigt sein, weiter gegen die christlichen Gewerkschaften, sondern auch gegen die christlichen Bauernvereine und andere Vereinigungen vorzugehen, in denen Katholiken und Protestanten zusammen vereinigt sind. Das klingt schon weniger glaubhaft. Katholiken und Agrararbeiter hat die katholische Kirche immer erlaubt, was Arbeitern nicht gestattet.

Am lächerlichsten benimmt sich zu dem neuen Kardinalstreit die am Wohnsitz des Herrn Kopp erscheinende „Schlesische Volkszeitung“. Sie, die bisher schon im Winde schwankte wie ein Roht, die bald den katholischen Facharbeitern die Bachen streichelte, bald die Christen zu neuer Tat ermunterte, markierte jetzt den Vogel Strauß und stieß den Kopf so tief in den Sand, daß nur noch die Männer'schen und Peters'schen Stiefelsohlen zu erkennen sind. Selbstfalls die mutigste Taktik gegenüber dem hohen Kirchenfürsten!

Dagegen stöhnt die im „schlesischen Rom“ erscheinende „Neisser Zeitung“:

„Es berichtet auf des Schlesischen Almanach, den Brief Seines Gnaden in demselben Blatte zu finden, welches zahlreiche Männer, Geschäftliche wie Laien, die ihr ganzes Leben lang für die katholische Kirche eingetreten sind, verunglimpft hat.“

Und ebenso schmerzlich wird es empfinden, daß der Untergang in der Meinung der hochwürdigsten Bischofe in dieser schwerenlegenden Frage zugesetzt liegt.

In aller Eile müssen wir Ihnen gesagen, daß den Grafen Oppersdorff als Vermittler der Kundgebung Se. Gnaden des hochwürdigsten Herrn Kardinals bestellt zu seien, daß Schwerpunkt ist, was beim Zentrum bestrebt werden kann.

Für jeden unbeteiligten Ortsrat ermangeln Schwierigkeiten dieser Art nicht einer gewissen Komplikation, aber zweitens: Herr Reise hat wenigstens doch den Mut, den Mund aufzutun.“

Demokratie oder Junkerherrschaft?

Die Junkerklasse Preußens befindet sich trotz ihrer Vorrechte in einer bedeckten Lage. Die Zahl ihrer Anhänger im Lande schmilzt immer mehr zusammen, und ihrer Fraktion und im Reichstag die Zügel aus der Hand geglipten. Selbst wenn die bürgerlichen Parteien mit der Regierung ihren Frieden machen, bleiben sie doch oft bei den Abstimmungen von den Konservativen getrennt und lassen die Fraktion Hennebrandt in einer wenig glänzenden Isolation.

Es ist kein Wunder, daß die Junker diese Lage als unheimlich empfinden, umso mehr, als die Entwicklung der Handelsverträge vor der Lüre steht. Aus den Erklärungen Österreichs, dem Verhalten Russlands geht hervor, daß die Zübung doch nicht ganz so einfach sein wird, wie man sie sich im Reichstag des Innern denkt. Auch das kleinste Zugeständnis an die Vertragstaaten wäre für die Augenicker des agrarischen Hochbürgertums eine höchst ungeniehre Neberrührung. Der Eifer der Konservativen, die Herrschaft im Reichstage wieder an sich zu reißen, kann durch solche nahelegende Entwicklung nur vermehrt werden.

Es wird also zur Sammlung gebeten. Die bürgerlichen Parteien sollen sich um die konservative Fahne scharen — aber selbstsüchtig nicht, um die Getreideindustrie aufrecht zu erhalten, nicht um die „Bücker“ des Zolltarifs durch neue Gemüse, Obst, Fischölle zu stopfen, sondern um die Monarchie zu retten, die von der Sozialdemokratie bedroht wird.

Die Methode ist alt, aber sie ist bewährt.

Das politische Ideal der Sozialdemokratie ist die demokratische Republik. Das ist unbestritten und unbestreitbar, und wenn die „Deutsche Zeitung“ in einem schmaltriefenden Kaisergeburtstagsartikel Redebours jüngstes Bemühen zur Republik als etwas Neues und Unerhörtes darstellen versucht, so ist das einfach lächerlich. Seit jeher weiß jeder politisch einigermaßen Unterrichtete: Wenn er es mit einem Sozialdemokraten zu tun hat, so hat er es mit einem Menschen zu tun, der die Monarchie für eine veraltete Einrichtung hält und die Republik als die Staatsform der Zukunft betrachtet.

Protest der demokratischen Republik und dem preußisch-junkerlichen Deutschland von heute gibt es aber zahlreiche Stufen und Zwischenstufen. Deutschland ist noch keine Republik, wenn der Bundesrat den Beschlüssen des Reichstags Beachtung schenkt, statt sie in den Papierkorb zu werfen. Deutschland ist noch keine Republik, wenn die Rechte des Militärs gegenüber dem Civil durch Gesetz geordnet, die Reichstagswahlkreise neu eingeteilt werden, wenn das Dreiklassenwahlrecht durch gleiches Wahlrecht ersetzt, Vereins-, Koalitions-, Pressefreiheit erweitert und gesichert wird. Die Sozialdemokratie ist bereit, jeden einzelnen dieser Fortschritte mitzumachen, ja sie ist die einzige Partei, die für solche Fortschritte auf dem Wege zur bürgerlichen Freiheit entschieden eintritt, obwohl sie weiß, daß mit ihrer Verwirklichung das politische Ende noch lange nicht erreicht ist.

In Deutschland ist nicht der kleinste Schritt nach vorwärts möglich ohne die Hilfe der Sozialdemokratie. Will eine bürgerliche Partei auch nur das kleinste Unrecht beseitigen, die geringste fortschrittliche Reform durchsetzen, so muß sie sich „in die Gesellschaft der Sozialdemokratie“ geben: Unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie, das heißt unter allen Umständen die gegenwärtigen Zustände in einem Zustand künstlicher Erstarrung halten, heißt unter allen Umständen Erhaltung der militärischen Vorherrschaft, der preußischen Hegemonie, der Polen- und Dänenunterdrückung, des Hochbürgertums, des Dreiklassenwahlrechts, mit einem Worte: der Junkerherrschaft.

Agrarier und Landarbeiter.

Der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ ist nachstehendes jungerliches Schreiben auf den Schreibtisch gewehrt:

Sehr geehrte Freunde, den . . .

Herrn a. Beppeln auf Klausdorf.

Nach unserer telefonischen Unterhaltung erlaubt sich mein Vorsteher M. a. Beppeln vorzuhören. Der M. ist durchaus leichtig und zufriedig, ich entlasse ihn nicht, weil ich mit der Sache sehr zufrieden bin.

Hochachtungsvoll

S. Berger, Domänenpächter.

Um billiger wegzukommen, entläßt der Agrarier also den mecklenburgischen Landarbeiter und will Klausendorf ein!

Wenn die Jünger jedoch noch einheitliche Arbeit teilen, dann geben sie ihnen eben so gern wie möglich, daß er nicht ausreicht zu einer angemessenen sozialistischen Erziehung. Und diese sind die Jünger und jungen landwirtschaftlichen Jünger darauf bedacht, die Sache der Arbeiter und Landarbeiter zu unterstützen! Wenn aber dann die sozialen Arbeiter in den Großstädten leben, kann man sie dort begeistern und motivieren.

Die Sozialdemokratie aber soll Freunde des Landwirtschaftlichen und

Sie das Koalitionsrecht!

Auch das Organ der bürgerlichen Sozialreformer, die „Soziale Praxis“, hat die städtischen Bedenken bezüglich der Polizeiverordnungen, die nach den Anweisungen des preußischen Polizeiministers dort, wo sie noch nicht bestehen, erlassen werden sollen, um bei Streiks den Verkehr, die Ruhe, Sicherheit und Ordnung auf den Straßen aufrecht zu erhalten:

„So lange es sich darum handelt, die Ruhe und Ordnung auf den Straßen und Plätzen aufrecht zu erhalten, den Schutz der Person zu sichern und Auschreitungen zu verhindern, soll die Polizei ihres Amtes walten. Arbeitkämpfe dürfen nicht im Haushalt auf der Straße durchgeführt werden. Über manches ist sich nicht verschließen, daß diese neuerdings ergangenen Weisungen auch dazu dienen werden, die Arbeiter in der legitimen Aussöhnung des ihnen reichagelich (§ 162 der Gewerbeordnung) gewohnten Rechts der gemeinsamen Arbeitsniederlegung zu hindern. Und man wird bezahlt der Ausführung dieser Maßnahmen besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. In diesem Zusammenhang Klingt es doch wie ein blinder Hahn, wenn der führt d. Konservativen, Abgeordneter v. Penderbrand, am 15. Januar ausrief: „Man braucht bloß ein Nebel zu sein, um heute recht zu haben.“ Das nennt man großartige Sozialpolitik!“

Die „Soziale Praxis“ erklärt es dann für geboten, den Spieß umzudrehen und eine Sicherung und Gewalterziehung des Grundrechts der Koalitionsfreiheit zu verlangen; Besetzung des § 152 Abs. 2 und § 158 der Gewerbeordnung, Ausschließung des Expressparagrafen bei Streiksankündigungen und Bestrafung der gemeinsamen Verbinderung an der Aussöhnung des Koalitionsrechts. Diese Wünsche bewegen sich in der Richtung der von der Sozialdemokratie gefestigten Ansprüche. Aber es ist sehr fraglich, ob sie bis Unterstützung auch nur eines Teiles der bürgerlichen Parteien finden werden und man darf die Tatsache nicht aus dem Auge verlieren, daß der Versuch, das Stellposenstehen mit Hilfe von Polizeiverordnungen unmöglich zu machen, den Forderungen des liberalen Handels und des entspricht.

Die Jesuiten tragen sich am Schopfe.

Eine echt jesuitische Methode beliebt die „Kölner Volkszeitung“, um die Wirkung des Kopp'schen Briefes abzuwähren. Am Dienstag bringt sie einen halbenlangen Artikel, der überwiegend die schwersten Angriffe gegen v. Oppersdorff und seine Zeitchrift „Klarheit und Wahrheit“ enthält. Sie erinnert daran, daß vor 14 Tagen darin ein gegen den Erzbischof von Köln gerichteter Artikel „von hoher feindselicher Seite“ erschienen sei, der in der Verunglimpfung des Oberhauptes der Kölner Erzbischöfe bis dahin überhöht habe. Die ganze katholische Presse, sogar die „Germania“, sei darüber entnervt gewesen. Jedenfalls habe Graf Oppersdorff die kirchliche Autorität nicht gewahrt; er habe auch keine Angriffe gegen den Kölner Erzbischof nicht zurückgenommen; im Gegenteil, da zeige ein Schlusssatz von ihm unmittelbar hinter dem Brief des Kardinals Kopp vom 21. Januar 1914 veröffentlicht werde, so komme man an der Annahme nicht vorbei, daß ein gewisser Zusammenhang hergestellt werden soll zwischen dem Briefwechsel Kopp's und Oppersdorff's und den vorhergehenden Angriffen gegen den Erzbischof von Köln, in dem es heißt, daß Bischof von Hartmann das katholische Volk bestimmt habe.

Dann wird die „Kölner Volkszeitung“ etwas deutlicher; sie fragt: „Wer ist denn der Untergreber und Verdächter der kirchlichen Autorität, die einfachen Arbeiter, die in Essen sich einzelne bedauerliche rednerische Entgleisungen geleistet haben oder der Herausgeber von „Klarheit und Wahrheit“? Dann geht die „Kölner Volkszeitung“ zum Angriff über:

„Wenn die rednerischen Entgleisungen einzelner Arbeiter Folgen von so großer Tragweite haben sollen, was wird dann geschehen, um die schwerverlebte Autorität des Erzbischofs von Köln wieder herzustellen? Das katholische Volk und die meisten Katholiken der Großstadt Köln erwarten, daß ihrem schwer beleidigten Oberhaupt die volle Genugtuung werde, auf die et Anspruch hat.“

Man will also in den Kreisen der Bäckermeister das Kampf- feld verschieben und mit aller Schärfe gegen den Grafen v. Oppersdorff und damit, wie jeder erkennt, auch gegen Kopp vorgehen. Damit verschärft sich die Krise im Klerikalen Lager ganz erheblich.

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

(Nachdruck verboten.)

Neunundachtzigstes Kapitel.

Die beiden Männer standen einander gegenüber, sich mit Brust auf Tod und Leben gehend und sich doch nicht enthalten können, jeder des anderen herzliche Erbarmung zu bewahren und sag zu sagen, daß, wenn sie unterliegen, sie einem ebenbürtigen Gegner unterlegen sind. Und dabei hatte der General durchaus die Empfindung, daß, wie gewöhnlich und trotzdem der General war, der Soldat, will sagen der Offizier, hat aber deren zwei, nämlich eine Bürgerrechte und noch etwas dazu eine Soldatenrechte. Den Beweis für das Bestehen dieses Unterschiedes findet er in d. n. Gelegenheit, da das Militärstrafrecht andere Ehrenstrafen vorseh als das Zivilstrafrecht. „Die Strafgesetze“, sagt der Admiral, „erkennen also ausdrücklich an, daß Soldaten nicht Ehre und Bürgerrechte sich nicht decken...“ Es sei also besonderer Ehrenschutz des Militärs notwendig, existens aus Gerechtigkeitsgründen, denn das Militär sei ungerechterweise in seiner Ehre nicht genügend geschützt, zweitens aber aus nationalen Gründen, da das „internationale Demokratentum und eine gewissenlose Presse“ das Ansehen der Armee untergrabe. Diese Staatsfeindlichkeit „müsste unterbunden werden.“

Also zur höchsten Ehre der militärischen Ehre Nr. 2 soll noch die Pressefreiheit unterbunden, den Redaktionen der „gewissenlosen Presse“ soll edle preußische Disziplin beigebracht werden. Darauf müsse ein Vaterlicher kommen, wenn auch ein Admiral, da doch diese erzieherische Idee würgen gewesen wäre, dem erhabenen Haupfe eines Väterlichen oder Vaterschaft entsprungen zu sein!

Herr Schmidt das? Wünscht der Herr Schmidt das? Es sage dem großen Sozialschreiber ähnlich, denn anders zu denken, als zu sprechen, anders zu sprechen, als zu handeln, ist ja von jeher das Merkmal der Herren gewesen, das sie so lange treiben, bis einmal jemand hinter ihre Schläge kommt und ihnen das saubere Handwerk legt, wie es in diesem Falle zu tun beschlossen hat.

Einer, der zu allem entschlossen ist.

Der General gab den Brief zurück und empfing den seligen.

„Der Mann hat Ihnen gegenüber keine Worte vornehmen zu lassen geglaubt“, sagte der General — „bis auf die Handchrift.“

„Trotzdem erkannte ich dieselbe auf den ersten Blick“, erwiderte Oskar Ernst; „es ist die eines gewissen Ritter, der mehrere Jahre lang Kapitän auf meinem Hof war, bis ich ihn vor wenigen Tagen wegen Ungehorsams — in der selben Arbeitssoziale, auf die er im Beginn des Briefes anspielt — entlassen mußte.“

„Ich habe davon gehört“, sagte der General; „das erfüllt dem ja auch zur Genüge, die brutale Nachsicht des Menschen; und auf dem Weg, auf welchem er entdeckt hat, was uns beiden bis zu diesem Augenblick Geheimnis war, würden viele ihm ja nicht folgen mögen, auch wenn wir es könnten. Sagen wir also diesen Bund fallen. Ein anderer scheint mir wichtiger. Der Mann hat in dem Briefe, den er mir nachgeschickt hat, seine Hand nicht einmal zu beschreiben; er hat also angenommen, daß wir nicht miteinander kommunizieren werden.“

Der General hob bei diesen letzten Worten, scheinbar zufällig, seine Augen; aber sein Blick war scharf und durchdringend, wie eines Batterieoffiziers, der die Schüsse zählt, auf welcher die erste Kugel einschlagen wird.

„Das ist der einzige Punkt, in welchem er uns ich uns begegnen“, sagte Oskar Ernst.

Seine Stimme, die unterdessen ruhig geworden war, bebte wieder, und er hatte die Augen niedergeschlagen. Der General sah, daß es ihm verantwördlich läuft sein würde, eine Erklärung zu präsentieren, die ihm oder weiteren Erklärungen schmerzhafte Folgen hätte, aber er hatte seinen Plan Bunte für Kunst überlegt, und er war gewohnt, seine Pläne auszuführen. Er sagte:

„Werden Sie weiter geben, wollen Sie mir gütigst bestätigen, wann und noch so gedrängte Schließung meiner Wohnung und Siedlungserlaubnis und der Situation, in der ich mich befinden, zu geben. Dachten Sie sich, ich

Denkschrift über den Geburtenrückgang.

Wie die „Berliner Volkszeitung“ hört, soll über die Erhebungen, die über den Rückgang der Geburten angestellt sind, eine angehende Denkschrift ausgearbeitet werden, die dem zuständigen Minister hier vorgetragen werden wird. Gegenwärtig sind noch nicht alle Berichte, die hierüber eingefordert wurden, bei dem zuständigen Minister eingegangen. Es wird angenommen, daß der Geburtenrückgang zum nicht geringen Teil auf den Bereich von vorliegenden Mitteln zurückzuführen ist, und auf Beschlüssen dieses Art wird besonders Gewicht gelegt. Den entsprechend erstrecken sich die Feststellungen vornehmlich auch auf den Anfang der Verbreitung des Anticonceptionsmittel, worüber bereits zahlreiche Berichte eingegangen sind.

Der Wahlkampf im badischen Reichstagswahlkreise Offenburg.

Am Dienstag nächster Woche — 8. Februar — findet die Nachwahl im Kreise Offenburg-Kehl statt, da der Reichstag das Mandat des nationalliberalen Abgeordneten Käsch Karlruhe für ungültig erklärt hatte, falls dieser es nicht vorher niedergelegt hätte. Käsch hat das letztere vorbereitet. Gegenüber steht sich diesmal gegenüber: der Professor Wirth vom Zentrum, vom liberalen Block Kaufmann Käsch, der wieder kandidiert, und von der Sozialdemokratie der Redakteur Seiter von der „Württemberg Volkszeitung“. Der fröhliche Inhaber des Mandats, der Landwirt und Präsident des zentralistischen badischen Bauernvereins Schiller, lehnte aus Gesundheitsgründen in letzter Stunde die Kandidatur ab, was dem Zentrum in diesem fast völlig ländlichen Kreise keineswegs angenehm war, denn es hatte im 7. Kreis immer die Parole ausgegeben: Ein Bauer muss einen Bauer und erreich den Präsidenten des Bauernvereins wählen! Dadurch hat es den Kreis seit 1890 behauptet und in der Stichwahl siegte vor zwei Jahren Käsch mit sozialdemokratischer Hilfe mit nur acht Stimmen Mehrheit. Er erhielt 1271, Schiller 12704 Stimmen; in der Hauptwahl waren auf Schiller 11815, auf Käsch 8982 und auf den sozialdemokratischen Kandidaten 8703 Stimmen entfallen.

Die Entscheidung steht also am 8. Februar auf des Messers Schneide. Alle drei Parteien arbeiten feierhaft; die Sozialdemokratie hat bis jetzt schon 28 Versammlungen abgehalten. Aber sie steht nicht mittler im Feuer, weil der Endkampf zwischen den Liberalen und dem Zentrum ausgespielt wird. Das Niveau des Kampfes zwischen diesen zwei Parteien ist bisher das denkbare niedrigste, und es ist nicht zu erwarten, daß es bis zum Wahltag besser wird. Fragen der Reichspolitik spielen fast gar nichts hinein; nur das Zentrum wirkt in einem Wahlblatt mit dem selbstlosen Titel „Der Kern des Wahlaus“ die Frage auf, warum darf ein Hanskänsler nicht gewählt werden? Die geistigen Unkosten der Wahlkampagne werden im übrigen beglichen von den Problemen der Landtagswahl im badischen Landtag. An das Fabriker Thema kann sich beide nicht halten, da sie wissen, daß sie in der Frage der Abwehr militärischer Übergriffe beide verwundbar sind.

Um so dankbareren Stoff bildet es in unseren Versammlungen und es ist deswegen zu hoffen, daß die Sozialdemokraten am 8. Februar eine bestrebende Stimmenzahl erreichen.

Kroce und die Nationalliberalen. Kroce, dem Preußenwalter, widmet der nationalliberalen „Deutsche Courier“ folgende herzliche gemeinte Zeilen:

Wenn man sich der Hemmungen des Herrn Dr. Kroce erinnert, innerhalb der nationalliberalen Partei eine Rolle zu spielen und womöglich zu einem Abgeordnetenmandat zu gelangen, und wie er im letzten Landtagssitzung gegen eine dem Zentralverband der Industriellen nahestehende Kandidatur anonym zu antworten verfügt zugunsten der Konservativen, so wird man den Gedanken nicht los, daß er denkbar Wege zu geben gedenkt, den ein anderer aus er Provinz Hannover vor ihm erfolgreich beschritten hat. Sollten ihn Dr. Hahn Spuren locken? Hoffentlich betrieben die Konservativen bald seinen brennenden Ehrgeiz, er hat es wahrlich um sie verdient.

Danach müßten eigentlich die Nationalliberalen noch nachträglich einen angemessenen Beitrag in die sozialdemokratische Partei fassen, eben zur Belohnung dafür, daß sie die sozialdemokratische Presse durch ihre Veröffentlichungen vor fünf Jahren vor diesem Prachtempel eines Politikers bereit stellten. Allerdings gibt es noch allzuviel, die der gleichen Behandlung würdig wären, aber noch immer in der nationalliberalen Partei hervorragende Stellungen einzunehmen. Der Bruch, den Nationalliberalismus von allen Kroces zu bestreiten, wäre vergebliche Mühe.

Immer neue Fristverlängerungen für die Besetzenden. Der Bundesrat hat, wie die „Kreuzzeitung“ meldet, in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Landesfinanzbehörden zu ermächtigen, die Frist für die Abgabe der Vermögenserklärung bis zum 15. Februar zu verlängern. Von dieser Erleichterung haben Württemberg und Sachsen-Altenburg Gebrauch gemacht. Von einer Entscheidung der preußischen Regierung ist noch nichts bekannt.

Bitte, es wäre dies zu irgend einem, übrigens gleichgültigen Kroce richtig: ich möchte sprechen, Sie müssen hören, obwohl der eine lieber schwiegen und der andere lieber nicht hört.“

Der General ließ Herrn Schmidt keine Zeit, ihm die erbetene Erlaubnis zu verweigern, sondern fuhr, ohne sich zu unterbrechen, fort:

„Ich stamme aus einer sehr alten, das heißt durch viele Generationen hindurch urkundlich belegten Familie, die, wie es scheint, von Anfang an nicht reich gewesen und bereits seit zwei Jahrhunderten zu dem ärmsten, ja armsten Adel gezählt werden muß. Es ist gewiß eine Folge dieser Armut, daß die männlichen Mitglieder der Familie, die zu keiner Zeit sehr verbreitet war und wiederholte nur auf einer Stelle stand, fast ohne Ausnahme an den Höfen und in der Gesellschaft ihrer Fürsten, besonders der militärischen, ihr Leben verbrachten, ja selbst die Frauen stolz auf dem Dienst ihrer Fürstinnen wohnten. Für eine Folge dieser Folge möchte ich es wiederum halten, wenn sich die Verfallenreute gegen den Lehnsfürsten, oder, um es mit einem modernen Ausdruck zu bezeichnen, die Kreise gegen das Fürstentum, das Gefühl der Pflicht und die Verpflichtung, sich für erwiesene Wohlthaten dankbar zu beweisen, in meiner Familie einer Generation von der anderen als tiefes und oft genug einziges Erbe überliefert und weitergehalten worden ist; die fast zerstörten Namen der Besen in den Kirchendokumenten und in den Urkunden der Karte, die Namen der vielen, die vor dem Feinde ruhen und ehrbottig gefallen sind, beweisen es.“

Und wie es in alten Familien zu geschehen pflegt, daß die Kinder, weil sie genau in denselben Umständen von ihren Eltern erzogen werden, in welchen diese von ihren Eltern erzogen wurden, und nicht nur in denselben Umständen, sondern auch in denselben Sitzen, Lebens- und Beziehungsgegebenheiten, auch wielich, fürsperlich und geltig, den Eltern ähnlicher sind, als sonst wohl der Fall ist, und die Männlichkeit erst als eine Eigentümlichkeit, dann, nach Menschenseele, als ein Vorwand dieser Familiensippe in den Augen anderer für eine Wehrhaftigkeit, ja für eine Vernachlässigung gilt; es fällt mir auch nicht ein, denselben Rechtfertigen zu wollen; ich habe, wie ich es Ihnen gleich anfangs sagte, eine solche Würde, als Sie einen Blick in das geheimste Leben und Weben der Familie tun zu wollen, aus der ich stamme, und Ihnen so die Erklärung gewisser Charakterzüge leichter zu erläutern und die Normen nach denen ich mein Tun und Lassen regeln und geregt habe in allen Fällen, zum Beispiel auch in dem folgenden.

(Fortsetzung folgt.)

Konservative Invasion in Hessen. Eigenliche Konservative hat es im Großherzogtum Hessen bisher nicht gegeben, wenngleich leichten Endes die Hessischen bürgerlich gerichteten Nationalliberalen um den Freizeitkern v. Hesel und Dr. Becker nichts anderes sind als Konservative. Seit einigen Monaten aber hat sich nun in Darmstadt eine konservative "Hessische Reichspartei" gebildet, der ein Reichskanzler Dr. Bepp vorsteht. Am Donnerstag hielt die Reichspartei in Darmstadt eine Versammlung ab, in der Dr. Ludwig Levin Berlin über die "Zeile der nationalen Politik" sprach und dabei mit den Nationalliberalen sehr ungünstig umging. Der Vorsteher e. Rechtsanwalt Dr. Bepp, erklärte, bei dem im Herbst bevorstehenden Landtagswahl in Hessen würden auch die Konservativen auf dem Plan erscheinen. Mit dem Zentrum sei bereits ein Abkommen geschlossen und mit den Nationalliberalen schwierige Verhandlungen. Wenn die nationalliberalen Partei, die "in Hessen nicht kontraviert, im Reiche nicht demokratisch" sein könne, sich nach links stelle, so würde man ihr nicht nachlaufen. — Am Schluß sah die Versammlung an den preußischen Kriegsminister eine Entschließung, die diesem "den Dank für sein wackeres Eintreten für das Heer ausdrückt und sich zu seinen Maßnahmen und Ausführungen bekennt".

Von geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die junge konservative Gründung in Hessen von denen um den "nationalliberalen" Freizeitkern v. Hesel gelenkt wird, jedenfalls wird sie in aussichtlicher Weise von den gleichen Befragten begonnen.

Wirkung des Generalpardons für die Steuerdestruktanten. In Eisenach er ab die Wermagendeklaration zum Wehrbeitrag schätzungsweise zehn Millionen Mark mehr als bisher.

Schmiergelder. Rund 80.000 M. Geldgeschäfte unbekannter Geber sind, wie die "Kreuzt." erläutert, im vergangenen Jahre der Reichskasse aufgetreten. In der Hauptstache handelt es sich hierbei um sogenannte "Schmiergelder", die den staatlichen Behörden und ihren Beamten von Lieferanten als Dank für tegendeine Vorteile gesetzt, aber nicht angenommen wurden. Solche Schenkungen schwanken zwischen 8 und mindestens 1000 M. und mehr und können am häufigsten im Bereich der Militärverwaltung vor. Vor allem werden Zahlmeister, Bezirksfeldwebel, Frontsiedlereb, seltenen Offiziere durch Schmiergelder zu beeinflussen gelungen. Das werden auch Gebräuchsgesetze der manuafacturistischen Art übermittelt. Der aus dem Verkauf erzielte Erlös wird ebenfalls der Reichskasse überwiesen. Gelingt es, einen solchen "Schmierer" zur Anzeige zu bringen, so erfolgt schwere Strafe wegen Betäubung und Verleitung zum Betrug.

Musland.

Der Kongress der sozialistischen Partei Frankreichs.

In der alten nordfranzösischen Stadt Amiens trat am Sonntag der neunte Nationalkongress unserer französischen Brüderpartei zusammen. Zur Eröffnung erschienen die Aalinge der "Internationale" und des Liedes "Krieg dem Krieg". Genosse Vécointe, Kammerabgeordneter des Departements Somme, eröffnete als Vorsitzender die erste Sitzung. Er hieß die Delegierten willkommen und begrüßte die Abgesandten der auswärtigen Brüderparteien. Die unzertrennbare Einigkeit der französischen Partei habe die günstigsten Resultate gezeigt. Darum sind auf unsere Beratungen die Augen des gesamten französischen Proletariats gerichtet. Von dem, was wir in den nächsten Sitzungen beschließen, wird und muß eine lange Periode des Gedankens und des Wachsamens an Mitgliedern für die französische Sektion der proletarischen Internationale ausgehen.

Nach diesen Worten des Genossen Vécointe sprach der Genosse M. L. L. vom deutschen Parteivorstand: "Ich bin verfischt und überzeugt, daß in der Zeit des Weltkriegs eine innige Verbindung unserer enger werde und daß es notwendig ist, die Bande der französisch-deutschen Freundschaft fester und fester zu knüpfen." Er erinnerte an Bebel, der ein großer Anhänger dieser Freundschaft war und dankte der Stadt Amiens, daß sie Bebel dadurch ehrt, indem sie einer ihrer Straßen seinen Namen gab. "Bürger", schloß er, "bei den kommenden Wahlen wird Euer Sieg unser Sieg sein! Ohne zu glauben, daß die Wahlschlachten die entscheidenden Schlachten sind, müssen wir ihnen doch eine große Bedeutung bei. Aus diesem Grunde wünschen wir Euch den größten Erfolg."

Von den Abgeordneten der auswärtigen Parteien sprachen noch Genossen Wauters von der belgischen Arbeiterpartei und Genosse Ubel von der tschechisch-slawischen Sozialdemokratie.

Nach dem Dank des Vorsitzenden an die auswärtigen Parteien für ihre Anteilnahme an den Beratungen des Kongresses und dem Verlesen des Begrüßungsprogramms wurde die erste Sitzung geschlossen.

Die zweite Sitzung begann nachmittags 2 Uhr. Der erste Punkt der Tagesordnung behandelte die erhaltenen Berichte. Man liest zuerst den Bericht des Parteipräsidiums. Der Bericht bestätigt, daß in den letzten zwölf Monaten die Tätigkeit innerhalb der Partei eine besonders intensive gewesen ist. Dadurch, daß die Partei an der Spitze der Bewegung gegen die militärische Reaction marschierte, hat sie ihren moralischen Einfluß bedeutend gesteigert. Viertausend neue Mitglieder wurden der Partei zugeschlagen, 16 Abberkanionen haben ihren Mitgliedsstand erhöht, drei blieben auf derselben Zahl und 31 haben eine kleine Erhöhung zu erleben gehabt. Daneben ging die erfolgreiche Tätigkeit zur Aussiedlung der "Souveränen". In der Diskussion über diesen Bericht wurde gefordert, daß die Agitation noch besser organisiert werde. Es wurde erklärt, daß wohl alle damit einverstanden seien, die Agitation noch besser zu organisieren. Ohne optimistische Übertriebung könnte er aber sagen, daß die Partei am Vorabend eines großen Aufschwungs stehe. Die Zeit des systematischen Misstrauens zwischen der sozialistischen und der sogenannten "sozialistischen" Bewegung nahm in ihrem Ende, sobald dieses Hindernis der Zunahme der Partei an Mitgliedern verschwand.

Nach einer Aussprache über das gegenwärtige Mittellungsblatt der Partei "Le Sozialiste", wobei der Wunsch aufgezeigt wurde, das Blatt in eine Neuauflage umgestalten, wurden sämtliche Anträge an die Kommission der Propaganda berücksichtigt.

Der Bericht über das Internationale Bureau gab das alte Genosse Vallant.

Nach einer Erörterung der Taten der französischen Partei, erstatteten die Genossen Brache und Gaultier den Bericht über die "Humanité". Der gesamte Absatz der "Humanité" beträgt rund 80.000 Exemplare, die Auflage 17.000.

Der Kongress sprach unter lebhaftem Beifall dem Redakteur "Humanité" sein Vertrauen aus. — Der Kongress bestiegte sich dann auf Montag.

Die Wahlversorgung von Paris im Siege. Der Gemeinderat hat in gemeinsamer Sitzung eine Summe von 100.000 Franken vollauf, die der Militärbehörde ermöglicht soll, einen Stadtbau vorzutragen, von 100.000 Meter quadrat Meter anzulegen, mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß die Bedürfnisse der Bürgerversorgung des Seinebeckenkreises während einer Periode der Mobilisierung vorzusehen.

Zur Wahl Cipriani. Wie bereits gemeldet, wurde bei der Nachwahl im reichen Wallander Wahlkreis der Sozialist Alfonso Cipriani, der in Paris in der Verbannung lebt, mit 1.855 Stimmen gegen den konstitutionellen Preßi, der 618 Stimmen erhielt, gewählt.

Sobald die Wahl bekannt worden war, brachte die Sozialisten große Manifestationen durch die Hauptstraßen der Stadt. Die Polizei schritt ein und nahm viele Verhaftungen vor. Bleib während die Wahl Cipriani von den Sozialisten und Republikanern festlich begangen.

Cipriani ist eine der merkwürdigsten Persönlichkeiten der Partei. Er nahm an allen Kriegen und Revolutionen regen Anteil.

Er kämpfte im Jahre 1859 gegen Österreich, 1870 gegen die Deutschen und im Jahre 1847 gegen die Italiener aus Seiten der Nationalliberalen um den Freizeitkern v. Hesel und Dr. Becker nichts anderes sind als Konservative. Seit einigen Monaten aber hat sich nun in Darmstadt eine konservative "Hessische Reichspartei" gebildet, der ein Reichskanzler Dr. Bepp vorsteht. Am Donnerstag hielt die Reichspartei in Darmstadt eine Versammlung ab, in der Dr. Ludwig Levin Berlin über die "Zeile der nationalen Politik" sprach und dabei mit den Nationalliberalen sehr ungünstig umging. Der Vorsteher e. Rechtsanwalt Dr. Bepp, erklärte, bei dem im Herbst bevorstehenden Landtagswahl in Hessen würden auch die Konservativen auf dem Plan erscheinen. Mit dem Zentrum sei bereits ein Abkommen geschlossen und mit den Nationalliberalen schwierige Verhandlungen. Wenn die nationalliberalen Partei, die "in Hessen nicht kontraviert, im Reiche nicht demokratisch" sein könne, sich nach links stelle, so würde man ihr nicht nachlaufen. — Am Schluß sah die Versammlung an den preußischen Kriegsminister eine Entschließung, die diesem "den Dank für sein wackeres Eintreten für das Heer ausdrückt und sich zu seinen Maßnahmen und Ausführungen bekennt".

Meuterer in einem italienischen Regiment. Protestkundgebungen wegen mangelhafter Versorgung haben nach einer Meldung des "Corriere d'Italia" am Montag in der Kaserne des 2. Bersaglieriregiments stattgefunden, das in Rom in Garnison liegt. Durch das Eingreifen des Obersten wurde die Ruhe bald wiederhergestellt.

Das russische Kavallerie-Regiment und die Armenier. Dieser Tage kam die Nachricht, daß das Mitglied der revolutionären armenischen Partei "Dschnakaztun" Garbis Kukunjan, der vor drei Jahren wegen Zugehörigkeit zu der Partei und Flucht aus dem Gefängnis zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde, in der berüchtigten Gefängnisbölle zu Orel gestorben ist. Er starb in einem Augenblick, wo die russische Diplomatie besonders bemüht ist, ihre Armenterfreundlichkeit in der hellen Öffentlichkeit zu zeigen. Noch frischer tritt diese Heuchelei in der zaristischen Diplomatie hervor, wenn man ehrliche Daten aus dem Leben Kukunjans erwähnt. Vor zwanzig Jahren zog er als junger Student mit einem Trupp Gefangenenknospen nach türkischen Armenien, um seine Kameraden vor den türkischen Baschibozuls zu schützen. Damals aber förderte die russische Diplomatie die türkischen Armeniermeuchelen. Kukunjan wurde von russischen Behörden festgenommen und zu vielen Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Das zweite Mal erhielt er Zwangsarbeit, als er für die Freiheit der russischen Armenier kämpfte. In diesem Kampfe ist er nun als Opfer gefallen.

Befreiung von Strakenbewohnern. Mehrere Arbeiter, die an den Petersburger Straken demonstrierten vom 22. Januar teilgenommen haben, sind mit zweimonatigem Arrest bestraft worden.

Einsatz albanischer Banden in den Spiris. Unaufhörlich 200 Albaner sind unter zwei moslemischen Führern in die Bistüre Tzibla und Colonia eingedrungen. Sie haben die griechischen Dorfer Grobota und Treska geplündert und dort die albanische Fahne gehisst. Am vergangenen Freitag erhielten die griechischen Militärbehörden Kenntnis von diesem Einsatz und ergreifen sofort die entsprechenden Gegenmaßnahmen.

Russischer Protest gegen China. Die russische Regierung erhob zum zweiten Mal Protest dagegen, daß China sieben Städte dem internationalen Handel freigeben hat. Diese Maßnahme ist augenscheinlich gegen Russland wie auch gegen Japan gerichtet. Wie aus Tokio gemeldet wird, will Japan sich dem russischen Protest anschließen.

Zur Änderung der Verfassung in China. Ein Edikt bestimmt, daß die vom Verwaltungsrat ausgearbeitete Ordnung für die Bildung einer Kommission zur Änderung der Verfassung. Die Kommission soll aus vier von der Regierung, zwei von jeder Provinz, also von der Mongolei, Tibet, Aufnor und vier von den allgemeinen chinesischen Handelsländern gewählten Mitgliedern sich zusammensetzen. Zur Teilnahme an der Wahl werden nur die Intellektuellen und wohlhabenden Klassen zugelassen. Der erste und zweite Vorsitzende der Kommission werden aus den Mitgliedern der Kommission gewählt. Die Vorsitzende der Kommission unterliegen der Bestätigung durch den Präsidenten.

Gewerkschaftliches.

Ein Landgericht gegen die gewerbsmäßigen Streikbrecher.

Kann ein gewerbsmäßiger Streikbrecher den Schutz des § 153 der Gewerbeordnung beanspruchen? Auf diese wichtige Frage hat die Erste Strafkammer des Landgerichts in Cassel eine sehr interessante Antwort gegeben, zu der das Gericht auf Grund folgender Begebenheit kam:

Im April vorläufiges Jahr freiließen die Metallarbeiter einer Fabrik in Cassel, Hessen, die Verleitung des wegen schwere Delikte mit Gefängnis schwer vorbestraften Monteur Boulle Kelling-Berlin, erschienen als Arbeitsschläger auf dem Platz. Der Schlosser B., der eines Tages mit dem ehemaligen Kelling und einigen seiner Leute auf der Straße aufmarschierte, machte seinem Angtinner über den Vertrag an den Interessen der Arbeiter in schärfster Weise Luft. Er soll gewissen haben: "Der Streikbrecher, Ihr Dummen, Euch möcht man die Gurgel herausziehen." Kelling, wie seine lange Vorlesungstafel ausweist, ein Ehrenmann, ließ zum Staatsanwalt und B. erhielt vom Geschworenengericht zu Cassel "wegen öffentlicher Belästigung" (§ 185 Str.G.O.) in einheitlichem Zusammensetzen mit dem Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen. Entgegen den Behauptungen des Angeklagten B. war das Geschworenengericht bei Verurteilung des § 153 der Gewerbeordnung von der Vorwürfung ausgegangen:

"Die beteiligenden Neuerungen waren von der öffentlichen Anklage zum Anschlag an den Streik zu bewegen." Der Angeklagte habe den Monteur Kelling durch Übertreibung zu bestimmten versucht, an Verabredungen und Vereinigungen von Fabrikarbeitern zum Beipack der Erfahrung günstiger Wohn- und Arbeitsbedingungen mittels Einstellung der Arbeit teilzuhören.

Der verurteilte Metallarbeiter B. legte gegen dieses Urteil Berufung ein und erzielte, daß die Casseler Strafkammer ihn nur wegen Vergehen gegen § 185 Str.G.O. verurteilte. So erhielt er statt der 10 Tage Gefängnis nur 75 Mark Geldstrafe. Gegen die Entscheidung des § 153 G.O. im ersten Instanzurteil möchte B. geklagt, er habe den Kelling nicht zum Anschlag an den Streik bestimmt, sondern lediglich sein Mittelmann über das Vermögen des Kelling ausbeutigen wollen, der von Berlin ausgereist sei, um sich als Streikbrecher aufzustellen und die Bevölkerung zu bestimmen zu versuchen, an Verabredungen und Vereinigungen von Fabrikarbeitern zum Beipack der Erfahrung günstiger Wohn- und Arbeitsbedingungen mittels Einstellung der Arbeit teilzuhören.

Bei dieser Sitzung mit dem Gericht nicht für erzielbar, daß der Angeklagte durch die von ihm begangenen Neuerungen den Monteur Kelling zu bestimmen versucht hat, an Verabredungen der Fabrikarbeiter zum Beipack der Erfahrung günstiger Wohn- und Arbeitsbedingungen mittels Einstellung der Arbeit teilzuhören.

Der Angeklagte kann somit wegen Vergehen gegen § 153 der G.O. nicht bestraft werden.

Der Angeklagte kann somit wegen Vergehen gegen § 153 der G.O. nicht bestraft werden.

Genossen zuständig eingeschäfft. Es war in der Tat völlig ausgeschlossen, denn dieses Schicksal zum Anschlag an einen Streik bestimmen zu wollen. Deshalb halten organisierte Arbeiter einen solchen Versuch an unangemessenen Objekten aus niemals gemacht. Hinwegdistanz besteht man mit immer Verachtung. Wir aber zu dieser viel Selbstüberwindung erfordernden Anschauung sich noch nicht durchringen konnte, sondern übermannt vom Vorurteil über den gewerbsmäßigen von den Kostengrößen bedrohten Betrieb, diese ehrwerten Heldenlosen beschimpft, der kann wohl kaum § 185 des Str.G.O. wegen einfacher Belästigung bestraft werden, nicht aber mit Gefängnis wegen Vergehen gegen § 153 des G.O., denn das heutige Gewerbe der Heldenlosen sollte diese Sorte Arbeitsschläger außerhalb des Schutzes jenes omindigen Paragraphen.

Stellen die deutschen Gerichte sich ähnlich auf den Boden des logisch unterschätzten Standpunktes des Casseler Gerichts, so wäre das ein zwar nur kleiner, aber immerhin erfreulicher Fortschritt auf dem Gebiete des Koalitionsrechts.

Stadt und Provinz.

Achtung, Kupferschmiede! 15 Kupferschmiede der Osnabrückmann-Werke legten am 27. Januar die Arbeit nieder, weil die Direktion ihnen zumute, sich mit 9-10 Prozent Abzug des Stahlaltwertes zu bedienen zu geben, auf welches Unterbleiben unsere Mitglieder selbstverständlich nicht eingehen.

Wir hoffen, daß die Kupferschmiede diese Notiz beachten und keinerlich zu Streikbrechern dienen hervorbringen.

Die Arbeiterversesse anderer Orte bitten wir um Aufnahme dieser Bekanntmachung.

Die Ortsverwaltung Breslau

des Verbandes der Kupferschmiede Deutschland. Bericht der Fabrikdirektion Breslau des Centralverbandes der Männer und Handarbeiter vom Jahre 1913. Das verflossene Jahr war ein besonderes Kampfjahr für die Gehilfen. Gelang es auch nicht, den Tarif für alle Betriebe zur Gelung zu bringen, so ist doch ein schöner Achtungserfolg erzielt worden. Wer die beständigen Verhältnisse kennt, wird diesen Erfolg zu würdig wissen.

Zuerst einigen Gesichtszügen am Gewerkschaftsleiter erheitert der Kollege Hubrig sechs Monate Gefängnis, weil er einst Widerstand durch Blugblätter gelebt hat. Soviel auch das Urteil ist, der Kollege Hubrig hat die Strafe auf sich genommen in dem Verdacht, der guten Sache gebunden zu haben.

Die Fortbildungsschulstunden wurden, unserem Untrag gemäß, in die Zeit von 8 bis 10 Uhr vormittags verlegt. Es bedeutet dies für die Lehrlinge gegenüber dem bisherigen Zustand eine jedesmalige Arbeitszeitverkürzung von zwölf Stunden. Durch die Verlegung des Schulunterrichtes in die Morgenstunden gewinnen außerdem die Lehrlinge auch mehr von dem Unterricht, indem sie geistig frischer und aufnahmefähiger sind.

Unter den Kollegen in den Genossenschaftsbetrieben herrscht fast ein reger Geist. Die wenigen noch fernstehenden Kollegen befinden wohl recht bald den Weg in die Organisation finden. Dann ist die Zeit gekommen, um für beide Betriebe einen zentralen Tarif durchzubringen.

Die Wahl zum Gesellenausschuß verlief nicht besonders glänzend. Die Kandidaten der Organisation erhielten 186 Stimmen. Da die Führung einer Wählerliste abgelehnt wurde, ist gegen die Wahl Protest eingereicht worden. Dem wird wohl entschieden werden.

Die Meister beabsichtigen, eine Innungskrankenkasse zu gründen, die selbstverständlich nur ihren Betriebe betreibt.

An Unterstützung wurde ausgewählt: Arbeitersubventionierung an 102 Mitglieder 1464,50 M., Krankenunterstützung 921,00 M., Reiseunterstützung 105 M., Notunterstützung 74 M., Summa 2584,90 M.

Deutsches Reich und Ausland.

Die Londoner Ausstände.

Wie jetzt sind über 87.000 Londoner Bauarbeiter ausgesetzt. Man arbeitet allgemein darauf hin, den Kampf im Baugewerbe durch Streikspruch beizulegen; vor allem sind es einzelne Trade Unions, die eine Konferenz mit allen Arbeitgebern und Vertretern des Handelsamtes anstreben. Ungefähr zwanzig dieser Unions, die alle Handwerksklassen umfassen, gehören dem großen Bauarbeiterverband an. Ausgezeichnet sind bis jetzt Zimmerleute, Tischler, Bauarbeiter, Stuckateure, Steinbildhauer, Maurer.

Als Antwort auf die Massperrung hat der Gewerkschaftsverband der Arbeiter im Baugewerbe beschlossen, den Streik der 18 dem Verbande angehörenden Gewerkschaften nicht nur in London, sondern auch in der Provinz zu empfehlen. Durch den Streik werden die Bierarbeiter, Schmiede, Monture, Elektromonture, Unstraticher, Holzschnitzer und Waschtechniker betroffen werden. Die Zahl der im Baugewerbe seierenden Arbeiter würde auf 100.000 steigen.

Im Londoner Kohlenarbeiterstreik sind beide Parteien fast entschlossen, den Kampf durchzuhalten. — Wie weiter gemeldet wird, hat Sir George Naylor, der Commissarion für die Industrie, seine Vermittlung in dem Kohlenarbeiterstreik angehört. Die Kohlenarbeitergruppe will ein Angebot in Erwägung ziehen. Sie hat beschlossen, Gründungsbeiträge für die Verjüngung der Hospitaler mit Kohlen auszustellen, falls die Abfertigung unter Aufsicht von Unionsmitgliedern geschieht.

Eine Hilfe für die arbeitslosen Bergarbeiter ist vom Vorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes veranlaßt. In der neuen Nummer der "Bergarbeiterzeitung" wird, wie wir aus dem Verbandsbüro der Bergarbeiter erfahren, ein Aufruf an die Mitglieder des Verbandes erläutert werden, in dem die Mitglieder des Verbandes auf den Bergarbeiter um getrostliche Sammlungen zur Unterstützung der unbeschäftigen arbeitslosen Mitglieder zu rufen. Das Bergarbeiter- und Bergbauverein ist auf einheitlichen Sitzungen des Vorstandes und Büroschulles des Bergarbeiterverbands eine beteiligte Gruppe aus dem gleichen Zweck bewilligt worden.

Verteidigung des österreichischen Baudienstes. Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker unterstützte auf Anforderung der österreichischen Regierung die Vermittlung im bestreit

Ballkleider kauft man gutf und billig bei Dutra!

Am 26. d. Mts. verschied nach langem Leiden unser Kollege und Mitarbeiter, der Steindrucker

Leonhard Herbst

im Alter von 83 Jahren.

Sein Andenken halten in Ehren

Die Kollegen und Mitarbeiter der Firma H. Meinecke Akt.-Gesellschaft, Breslau-Carlowitz.

13620

Am 26. d. M. verschied plötzlich und unerwartet unser Freund und Verbandskollege, der Steindrucker

Gustav Rogal

im Alter von 53 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder des Verbandes der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe, Zahlistelle Breslau.

Beerdigung: Freitag, den 30. Januar, nachm. 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Osswitzer Friedhofes.

13687

Am Montag, den 26. Januar, starb unser Kollege, der Bauarbeiter

Franz Kats

im Alter von 47 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Deutscher Bauarbeiterverband (Zweigver. Breslau).

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 2½ Uhr, vom Sterbehause, Höhenstrasse 8, aus statt.

13635

Stadt-Theater.

Mittwoch 7½ Uhr:

„Mingoletta.“

Donnerstag 7½ Uhr: 13553

(Kindertheater).

„Der und Zimmermann.“

Freitag 7½ Uhr:

„Aida.“

Die Klagode der vorstellen Ein-
gesetzten für die Wiederaufzug von
„Aida“ am 1. Februar 1914 findet
am Mittwoch, den 28. Januar, von
10 bis 2 Uhr, an der Lazarettstraße des Stadts-
theaters statt. Den Abendmahl stellen
die Kluge gegen Nachahmung der Differenz
zwischen dem Kaiserpreis und dem erheblichen
Preise ebenfalls. Als Mittwoch 2 Uhr
beginnen, steht Monumentum, wird von
Schubert et unterstüzt bespielt.

Lobe-Theater.

Mittwoch 7½ Uhr:

„Die Jüdin von Toledo.“

Donnerstag 7½ Uhr:

„Oberholz-Verein.“

„Die Jüdin von Toledo.“

Freitag 7½ Uhr: 13559

„Die heitere Rendite.“

Thalia-Theater.

Mittwoch, Gruppe H, 3. Vorstellung:

„Die Mütter.“

Freitag: „Oberholz-Verein.“

„Thamnentus-Bühnung.“

„Die Mütter.“ 13565

Schauspielhaus

(Operettenbühne.)

Dienstag Mittwoch 8 Uhr: 13571

„Die ideale Gattin.“

Donnerstag 8 Uhr:

„Vorabblat.“

Freitag 8 Uhr:

„Die Bierkönigin.“

Samstag, 8 Uhr:

„Vorabblat.“

Lieblich's Etablissement.

Nur noch 4 Tage

Gästspiel-Hausk;

die Balles-Prinzessin

Montag: 1. Februar, 4 Uhr:

Samstagvorstellung (kl. Preis)

Ulkert-Theater.

Wiederholung

und neue Freizeit.

Auf Wochende, 3. Sonntag: 13727

Jedes Sonntag 3½ Uhr:

Ulkert-Theater, halbe Preise.

Und weiter geht es.

Montag: 1. Februar: 13728

jetzt in Oderberg, Schlossstr. 1.

13733

Versammlungen und Vereine

Giegau! Wahlverein.

Donnerstag, den 29. Januar,

13539

Frauenabend

Der Vorstand.

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

13539

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. Januar.

Arbeitslosen-Statistik in Breslau.

Genaue Zahlen über die Arbeitslosen in Breslau haben bis jetzt gefehlt. Am 1. Dezember 1912 hatten wir eine Arbeitslosenzählung, die von der städtischen Studienkommission für die Arbeitslosenunterstützung angezeigt worden ist. Das endgültige Ergebnis dieser Zählung liegt noch nicht vor. Schon früher ist mit Recht gesagt worden, eine Zählung genügt keineswegs; die Arbeitslosen müssen an bestimmten Tagen regelmäßig von neuem gezählt werden, um so allmählich vergleichbare Zahlen und ein zuverlässiges Bild von der Arbeitslosigkeit zu erhalten.

Um die Arbeitslosenstatistik in Breslau weiter auszudehnen, beschließt jetzt das hiesige Statistische Amt, nach dem Muster der Reichsstatistik auch die Beobachtungen der Arbeiterverbände auf dem Gebiete der Arbeitslosenunterstützung alljährlich durchzuführen. Es sind deshalb fristig an die Vorsitzenden der hiesigen Gewerkschaften Fragebögen verschickt worden. Diese Fragebögen (über das Jahr 1912) sind im engen Anschluß an das Böhrblatt abgesetzt, das vierteljährlich von den meisten Verbänden für die Reichsstatistik beantwortet wird.

Das statistische Amt der Stadt Breslau hofft, daß die Ausfüllung der Fragebögen keine Schwierigkeiten machen wird. Sollte das bei den Verbänden, die sich der Reichsstatistik bisher nicht angeschlossen haben, doch der Fall sein, so ersucht das statistische Amt, wenigstens dafür zu sorgen, daß die Zählblätter im nächsten Jahre beantwortet werden können. Zur weiteren Auskunft ist das statistische Amt werktäglich von 8 bis 1 Uhr bereit.

Der Plan des statistischen Amtes der Stadt Breslau, die Arbeitslosenstatistik auszubauen, kann nur unterstützt werden. Es ist dringend nötig, daß die Gewerkschaftsvorsitzenden den zu gesendeten Fragebögen sofort gewissenhaft ausfüllen und abschicken.

Der Konsum- und Sparverein „Vorwärts“

hielt in den letzten Tagen vierzehn Vergabungsversammlungen ab, wo unter anderem der Halbjahresbericht über das Geschäftsjahr 1912/14 gegeben wurde. Ein Teil dieser Versammlungen war nicht so besucht, wie es sonst der Fall ist; das findet aber in der großen Arbeitslosigkeit seine Erklärung.

Das Geschäftsergebnis des Vorjahrs, wonach eine Rückgewöhnung nicht vertreten werden konnte, befriedigte einen großen Teil der Mitglieder nicht. Die Befürchtungen, daß deshalb der größte Teil der Mitglieder dem Verein den Rücken kehren würde, sind erfreulicherweise nicht eingetreten. Allerdings haben einige Mitglieder, die den Konsumverein nur nach der Höhe der Abfindung bewerten, die Flinte ins Korn geworfen und seitdem ihr Geld zu ihren Gegnern getragen, auf die sie selber nicht genug schützen konnten. Die übergroße Mehrzahl der Mitglieder hat aber eingesehen, daß ihnen damit nicht geholfen ist, wenn sie wegen der hohen Mark Rücksicht - so notwendig sie auch mancher gebraucht hätte - ihr eigenes, so milde und aufgebautes Unternehmen im Stich lassen, zur Freude ihrer Gegner. Es sei ferner auch festgestellt, daß der gelehrte Teil von denen, die ihre Mitgliedschaft kündigen, bisher wenig oder gar nichts gesagt hat.

Der Umsatz betrug im ersten Halbjahr 1912/14 373.215 Mark, also gegen dieselbe Zeit des Vorjahres ein Mehr von über 3000 Mark. Das Lieferantenengagement drohte in den sieben Wochen seit der Einführung einen Umsatz von 18.000 Mark; 29 Geschäfte stehen jetzt mit dem Konsumverein „Vorwärts“ im Vereinbarungsvertrag. In diesen Geschäften erhalten die Mitglieder des „Vorwärts“ bei Einsätzen gegen Vorstellung des Mitgliedsausweises die Marken des Vereins, auf die am Jahresende ein Rabatt gewährt wird. Durch diese Einrichtung ist den Konsumvereins-Mitgliedern die Gelegenheit gegeben, fast alle Bedarfssortikel durch ihren Verein zu beziehen. Von Juli bis Dezember traten dem „Vorwärts“ 287 neue Mitglieder bei; im Januar sind schon wieder 60 Beiträge erfolgt. Also trotz der schweren Wirtschaftskrise ein Fortschritt! Bei der großen Zahl der Familien, die für den „Vorwärts“ in Frage kommen, gibt es allerdings noch viel mehr herauszuholen.

Die Straßenbeleuchtung

einer Großstadt kostet viel Geld. In Breslau sehen wir nach dem Haushaltsplan für 1914 an Einnahmen der Straßenbeleuchtung nur 4200 Mark, an Ausgaben jedoch 937.200 Mark; dazu kommen noch 88.000 Mark einmalige Ausgaben, weshalb ein Zuschuß von 1.016.000 Mark nötig ist.

Am 1. März 1914 werden voraussichtlich 19.000 Gasflammen vorhanden sein, die jährlich mehr als 5/4 Millionen Kubikmeter Gas verbrauchen. Die Beizolle um beleuchtung an der Stadtgrenze mit 890 Flammen verbraucht fast 95.000 Kubikmeter Petroleum. Drittens haben wir die elektrische Beleuchtung. Es werden 812 Bogenlampen und 412 Glühlampen gezählt. Auf dem Parkwege in Scheitnig vom Eichenhorst-Denkmal bis zum Bierdeutel wird die elektrische Beleuchtung neu eingeschaltet, ferner auf der Schulstraße, vom Hintermarkt bis zur Bierstraße, in den Kurienanlagen der Pauluskirche, auf dem Parkwege zwischen Teich und Staatskanzlei im Südpark und auf dem Bogen zur Gedächtnissanstalt in den König-Wilhelm-Anlagen im Scheitniger Park.

Unter den einmaligen Ausgaben des Haushalts der Straßenbeleuchtung steht als fünfte Karte für die Fernstrasse 80.000 Mark für die Gießhüttliche Beleuchtung der Schuhbrücke 8800 Mark. Das Entfernen der Gaslaternen und ihr Ertrag durch Wandarbeiten mit Hängelicht-Batterien auf der Fleischstraße, Schmidtmüllerstraße, Neugasse und Schmiedestraße kostet 8700 Mark.

Die Breslauer Fortbildungsschulen.

Das Fortbildungsschulwesen Breslaus hat sich in den letzten Jahren erstaunlich entwickelt. Vor zehn Jahren wurde die gewerbliche Fortbildungsschule eingerichtet, dann die Kaufmännische Fortbildungsschule und die Handelschule, und jetzt kommen auch die Mädchenschule in die Reihe, auf die nun Zell schon die Schulpflicht ausgedehnt ist. Seiner in die Handwerker- und Kunfts. Fortbildungsschulen zu entholen, deren besondere Ausgabe es ist, die sachliche Ausbildung zu pflegen. Alle diese Fortbildungsschulen erhalten einen städtischen Zuschuß von zusammen 569.210 Mark. Im Vorwort zum Haushaltsplan für 1914 findet Raum der Worte:

„Die Zahl der Schüler, welche die gewerbliche Fortbildungsschule besuchen, ist nach dem Durchschnitt von 1912 mit 8546 um 817 größer wie im Vorjahr anzuzeichnen. Dem ersten Jahrgange der neu eingeschulten Gewerbelehrerinnen, Schneidern, Büromachern und Friseuren gehören 247 Schülerinnen an. Die Einschulung des zweiten Jahrganges dieser weiblichen Angestellten machen die Einrichtung von 358 Sommer- und 356 Winterklassen nötig. Bei der weiteren Ausdehnung des sogenannten Frühunterrichts ist die Anstellung von noch sechs hauptamtlich tätigen Lehrern vorgesehen. Außerdem veranlaßt das Anwachsen der Schülerzahl eine Erhöhung der meisten sämtlichen Kosten, insbesondere der Mieten und der einmaligen Ausgaben. Nur die Kosten für den nebenamtlich arbeitenden, für den gering besuchten Turnunterricht und für Bürocourseten sind um zusammen 7850 Mark geringer. Zusammen sind die laufenden und einmaligen Ausgaben mit 971.360 Mark um 27.725 Mark größer. Die Einnahmen werden sich bei Einschulung des in Vorjahr gebrochenen Schulgeldes um 29.660 Mark erhöhen und im ganzen 73.270 Mark betragen. Dabei bleibt der mit 298.000 Mark erforderliche Zuschuß hinter dem Vorjahr um 1985 Mark zurück. Hierzu entfallen auf den Schüler (die Schülerin) 89,90 (gegen 85,60) Mark.

Die Kaufmannische Fortbildungsschule wird erst nach Einschulung des zweiten Jahrganges der weiblichen Handelsgeschäftsfrauen von 2566 Geschäftsfrauen und Pflichtschülerinnen besucht sein, während der Vorjahr schon mit 2089 solchen Schülern rechnete. Der Besuch der Handelsbootschule wird mit 297 Schülern hinter der Vorausnahme des Vorjahrzes um 43 zurückbleiben. Dafür sind wie im Vorjahr bei der Fortbildungsschule höchstens 100, bei der Handelschule höchstens 10 Klassen einzurichten. Zur weiteren Ausdehnung des Vormittagsunterrichts ist die hauptamtliche Anstellung eines weiteren Fachlehrers und diejenige von zwei Fachlehrerinnen vorgesehen. Auch zur Einführung des futuristischen Gesamunterrichts, zur Ausdehnung des Turnunterrichts, für Mietn., Schreibhilfe, Schülerrauschläge und Reinigung sind erhöhte Mittel bereit zu stellen, sodass die laufenden Ausgaben mit 196.880 Mark um 17.680 Mark anwachsen. Die Einnahme ist bei der geringen Schülerzahl mit 78.370 Mark um 1880 Mark niedriger. So für einmalige Zwecke ein um 8870 Mark geringerer Betrag von 7400 Mark vorzusehen ist, wird ein um 10.490 Mark höherer Zuschuß von 125.660 Mark erforderlich. Auf den Fortbildungsschüler entfällt ein städtischer Zuschuß von 29,93 (gegen 26,80) Mark, auf den Besucher der Handelsbootschule ein solcher von 165,16 Mark.

An der Handwerker- und Kunstu. Fortbildungsschule ist die weitere Ausdehnung des chemographischen Unterrichts erwünscht. Diese macht die Anstellung eines lebendigen Werkmeisters notwendig, die eine Mindestausgabe an Stundenhonoraren zur Folge hat. Im ganzen sind die laufenden Ausgaben mit 185.050 Mark um 2560 Mark höher. Da die Tagesschulen voraussichtlich von durchschnittlich 194 (gegen 160), die Abendklassen von 210 (gegen 181) zahlungsfähigen Schülern besucht sein werden, ist die Einnahme mit 46.990 Mark um 1670 Mark größer. Ihre Errichtung von Oberlicht im Dachgeschoss und zum teilweisen Erhalt der Gas durch elastische Beleuchtung werden 7200 Mark beansprucht. Der Zuschuß von 145.260 Mark würde um 8000 Mark. Ohne Berücksichtigung des staatlichen Zuschusses erfordert jeder Tagesschüler einen städtischen Zuschuß von 748,76 (gegen 857,81) Mark, jeder Pflichtschüler einen solchen von 359,55 (gegen 402,91) Mark. Bei Berechnung der die Anzahl besuchenden 218 schulabschließenden Lehrlinge wird für jeden Schüler ein Gefahrzuschuß (einschließlich des staatlichen) von 291,41 Mark und ein städtischer Zuschuß von 233,54 (gegen 237,73) Mark erforderlich.

Für Straßenspülsterungen im Jahre 1914

findet in den Haushaltsplan der Stadt Breslau 817.450 Mark eingesetzt. Es sollen neu- oder umgepflastert werden

im Ostbezirk

1. Verbreiterung an der Straßenbahn-Haltestelle in der Gartenstraße westlich der Neuen Taschenstraße,
2. Lessingplatz-Ostseite längs der Regierung,
3. Ritterplatz vor der Markthalle,
4. Tauenhienstraße östlich der Brüderstraße,
5. Gellhornstraße von Scheitniger- bis Paulstraße,
6. Gellhornstraße - Tauenhienstraße bis Stadtkarren,
7. Breslauerstraße - Güterbahnhof,
8. Gertrudenstraße - Gellhorn- bis Scheitnigerstraße,
9. Klosterstraße - Brüder- bis Lützowstraße,

im Westbezirk

1. Friedrich-Karlstraße von Westendstraße bis Lange Gasse,
2. Museumplatz-Westseite,
3. Gabitzstraße zwischen Opitz- und Charlottenstraße,
4. - Charlotten- und Hardenbergstraße,
5. Pöbelwitzstraße von Nr. 24 bis 34.

Weitere Neupflasterungen im Jahre 1914 enthalten die einmaligen Ausgaben der Bauverwaltung. Vorgesehen ist die Neupflasterung der Frankfurterstraße zwischen Hickerstraße und Stadtgrenze, der Gabitzstraße zwischen Hardenbergstraße und Menzelstraße, die Durchlegung der Augustastrasse zwischen Kantstraße und Gottschallstraße.

Die Bevölkerungszahl

der Stadt Breslau betrug nach der Fortschreibung Ende November des Jahres 1912 542.755; sie ist gegen den Anfang des Monats um 1149 Personen gestiegen. Zunahme, die ungefähr um ein Drittel schwächer als die vor einem Jahre ist, beträgt zu 77 Prozent auf dem Wanderungsgewinn. Der Lebensstand der Geborenen über die Gestorbenen ist trotz seines größeren Anteils in der Gesamtzunahme an sich nur klein und wenig höher als der Februarüberschuss, der den kleinsten natürlichen Zuwachs im laufenden Jahre darstellt.

Von den Gestorbenen kommen 156 (98 m. und 58 w.) auf Kinder, die im ersten Lebensjahr standen; das sind diesmal nur 19,8 Prozent aller Todesfälle gegen 25,0 Prozent im Oktober und 21,0 Prozent im November 1912. Gegen den Stand vor einem Jahre ist Schorlach mit annähernd doppelt soviel Toten vertreten. Die Typhusepidemie dagegen weniger häufig vor. Von den 13 Typhuskranken bilden sich fünf auswärtige Patienten. In den öffentlichen Krankenhäusern hielt sich Ab- und Zugang genau die Waage; am Ende des Monats betrug der Bestand 8779. Die Zahl der Hechtschläger war klein; gegen die des November 1912 um 91 zurück.

Der Krebsverkehr umfaßt nach den polizeilichen Meldungen 21245 Personen, von denen 2106 Überseende waren. Der Verkehr war demnach nicht sehr groß; er war schwächer als in einem der vorangegangenen Monate dieses Jahres und blieb hinter der für den November 1912 gemeldeten Gesamtzahl um 2017 Personen zurück.

* Dem Striegauer Platz. Bei den Regulierungsarbeiten auf dem Striegauer Platz soll im Norden an der Friedrich-Wilhelm-Straße ein 881 Quadratmeter großer Platz gärtnerisch mit Rasen und Bäumen angelegt werden. Die Anlage erfordert 1000 Mark, sie wird als Hochwasserzone vorerst ausgenutzt.

Zur Lage der altpensionierten Eisenbahn-handwerker und Arbeiter.

Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, in welcher elenden und traurigen Lage die altpensionierten Handwerker und Arbeiter der Königl. Preuß.-Hess. Staatsseisenbahn befinden. Ihre Pensionbezüge betragen nach 35 bis 40jähriger Dienstzeit nur 30 bis 40 Mark monatlich. Der enorme Vermögensverlust ihrer Pensionkasse, welche die Belegschaft durch Beitragszahlungen mit aufzumachen hat, beträgt über 160 Millionen Mark. Alle Jahre hat diese Kasse nachweislich noch Abzug sämtlicher Ausgaben einen reinen Überschuss von 15 bis 20 Millionen Mark. Alle Gehörden haben in Anbetracht der leeren Lebensbedürfnisse ihren Bediensteten und Altpensionären die Beilege erhöht, aber die Königl. Eisenbahnverwaltung hat auf ihre altpensionierten Handwerker und Arbeiter bis jetzt vergessen, trock der unzähligen Bitten, welche die Betroffenen schon jahrelang unterbreitet haben. Es wäre ein Akt der Gerechtigkeit, die bestreiteten Wünsche endlich zu erfüllen und sind alle Einwendungen dagegen hinfällig, wenn man den enormen Vermögensverlust und die alljährlichen hohen Überschüsse dieser Kasse in Betracht zieht. Das hohe Haus der Abgeordneten hatte zwar die leite Petition dem Königl. Staatsministerium zur Erwiderung überreicht, hat aber bis jetzt noch keine Berücksichtigung gefunden.

Erst lesen, dann unterschreiben!

Diese Mahnung wird leider häufig nicht beachtet. Der Schaden bleibt gewöhnlich nicht aus, was auch folgender Fall beweist, über den das Gewerbege richtlich neulich zu verhandeln hatte:

Eine Köchin, die beim Restaurateur des Oderbahnhofs beschäftigt war, ist entlassen worden, weil sie eine Matrone ohne Glaubensausgabe war. Der Arbeitgeber legte der Entlassenen ein Schriftstück vor, worin stand: „Ich habe keine Leinwand für die Köchin mehr!“ Dieses Schriftstück unterschied das Mädchen, ohne es weiter gelesen zu haben. Das Dienstbuch wurde geschrieben: „Wegen nächtlichen Plüscheleins entlassen, sonst ehlich und fleißig.“ Allerdings fand die Köchin wegen dieses Bezeugnisses ein Unterkommen. Sie klagte nun gegen den Gastronom auf Zahlung einer Entschädigung von 80 Mark und Aussicht auf Zahlung einer Entschädigung von 80 Mark und Aussicht einer anderen Zeugnisses. Die Köchin gab an, sie habe am fraglichen Tage der Wirtshäuserin gesagt, da sie Ausgang habe, wollte sie heute einmal mit ihren Verwandten ins Theater gehen. Die Wirtshäuserin habe dagegen nichts eingewendet. Das Theater spät aus und in der Nacht wollte die Köchin nicht ins Geschäft zurückgehen. Eine andere Morgen wollte sie sich entschuldigen; man habe sie aber nicht angehört, sondern sofort entlassen.

Der Bevölkerung erwiderte, bei ihm gebe es sehr streng zu; kein Mädchen dürfe sich erlauben, die Nacht über auszubleiben, selbst dann nicht, wenn es Ausgangstag sei. „Das wäre noch schöner.“ Allerdings hätte die Köchin unterdrückt, sie habe nichts mehr zu fordern. Der Vorsitzende, Magistratsassessor Steinberg, belehrte den Bevölkerung, daß die Köchin in nicht Dienst in München, sondern Gewerbegehilfin ist; es müsse ihr ein besonderes Zeugnis ausgestellt werden ohne Beurteilungen, die ihr das Kontinuum erschweren. Da sich der Bevölkerung weigerte, ein solches Zeugnis auszustellen, wurde er dazu verurteilt. Mit der Urteilserklärung wurde das Mädchen leider abgewiesen und zwar lediglich dadurch, weil es sich unterschifftlich für abgeschieden erklärt hat.

* Die „Schlesische Morgen-Zeitung“, die den von uns schon niedriger gehängten Lendenzartikel über die angeblich schlechten Arbeitsverhältnisse der Bäcker im Breslauer Gewerbehause brachte, muß nun doch auf Grund des Preßgesetzes wieder aufheben. Allerdings behauptet das Blättchen in einem an die Verjährung des Geistesvertrags angehängten Schwanz dreist und gottesfürchtig, daß diese gar nichts besagt und auf den Kernpunkt des Artikels überhaupt nicht eingehgt. Dabei hat das Blatt die Aufnahme einer Berichtigung über diese Punkte mit nichtsagenden Gründen abgelehnt. Conservativ-antisemitische Moral!

* Ein zweiter botanischer Schulgarten soll nach dem Antrage der städtischen Schulverwaltung auf dem 1025 Quadratmeter großen Grundstück Schönstraße 68 hergerichtet werden. Die Kosten betragen 800 Mark.

* Größere Kanalbauten will der Magistrat sofort ausführen, um dadurch der Arbeitslosigkeit zu steuern. Es handelt sich um den Kanalbau in der Auguststraße zwischen Gottschallstraße und Rankestraße, den Kanalbau in der Brüderstraße zwischen Haus 7 und Brüderbahnhof, ferner um den Kanalbau auf dem Ritterplatz und in der Mailbiasstraße zwischen Binderstraße und dem freien Platz (Lüdererstraße). Nach den Kostenanschlägen sind für diese Arbeiten zusammen 19.000 Mark auszugeben.

* Brücken- und Uferbauten. Im Haushaltsplan der städtischen Bauverwaltung für 1914 finden wir 10.000 Mark, die dazu verordnet werden sollen, die Flussohle unter der Sandbrücke durch Sintflüche aufzuhöhen und zu befestigen. Der Uferhausbau hat wie jüngst berichtet, auch in seiner zweiten Fassung einen Neubau der Sandbrücke abgelehnt. Das Feststellen des linken Oderufers hinter dem Wasserbecken oberhalb des Einlaufs aus 75 Meter wird 2200 Mark kosten, das Feststellen des linken Oderufers gegenüber dem Wasserbecken am Ohlelauf aus 40 Meter 1500 Mark. Die Brücke über die Lohse bei Opperau will der Magistrat neu bauen; die Kosten sind auf 10.000 Mark veranschlagt.

* Bei der Arbeit verunglimmt. In der Seiffenfabrik von Ernst Wecker (Einhäuser Julius Wecker), Klosterstraße 81, verunstlichte am Dienstag vormittag eine Arbeiterin, als sie ein Überleichtsgerät über dem Komitor reinigte. Die Scheibe zerbrach und die Arbeiterin stieß die Glasscherben auf den Kopf; sie blieb glücklicherweise fast unverletzt.

* tödlicher Unfall auf der Straße. Montag vormittag kurz nach 8 Uhr wurde auf der Brücke vor dem Hause Nr. 26 in den 60er Jahren stehende Pensionärin Gräber, Tauenhienstraße 92, beim Überqueren des Fahrdamms von einem Radfahrer erfaßt und zu Boden geschleudert. Da die Verunglimmt regungslos liegen blieb, brachte man sie zunächst in einen Haushalt und rief die Samariter der Feuerwehr herbei. Als diese eintrafen, gab die Frau bereits kein Lebenszeichen mehr von sich; Verleihungen waren auch keine wahrgenommen. Die Verunglimmt wurde darauf mit dem Krankenwagen in ihre Wohnung gebracht, wo der herbeigeeilte Arzt nur noch den bereits eingetroffenen Tod durch Herzschlag feststellen konnte.

Vereine und Versammlungen.

* Das neue Strafgericht und die Strafgerichtsverordnung. Es ist nochmals darum hingewiesen, daß am heutigen Abend diese überaus wichtige Frage in die schlesischen Gruppen des deutschen Bundes für Wissenschaft von Jürgen Werner behandelt wird. Der Vortrag wird um 8 Uhr abends in der Verhandlungsräume gehalten. Kosten der Fahrt.

Kerze und Krankenkassen.

Man schreibt uns:

In den zahlreichen unter dem Titel „Kerze und Krankenkassen“ in den hiesigen Tageszeitungen bisher erschienenen Aussäben wurde den Worten der Breslauer Kerzefabrik, die sich lediglich dem Wissen des Leipziger Wirtschaftlichen Kerzeverbandes beugend, für den 1. Januar d. J. ihre Kassenarztstellen gesündigt hatten, in weitgehender Weise Raum gegeben. Der Leser soll nun auch einmal einen der neuen Kassenärzte vernehmen.

Eine der größten Schwierigkeiten bei den Einigungsbahndlungen zwischen Leipziger Kerzeverband und I. Kassenverband in Breslau bedeutet unstrittig die Frage der Verabschiebung der neu angestellten Kerze.

Man darf nicht übersehen, daß es der überwiegende Teil der neu angestellten Kerze prinzipiell ablehnen wird, mit dem Leipziger Kerzeverband Verhandlungen und überhaupt irgend welche Standesbeziehungen anzutreten.

Die Kerze, welche seit einem Decennium die Maßnahmen des Leipziger Kerzerverbandes beobachtet und die von denselben nicht selten angewandten, für einen akademischen Stand unvölkigen, hässlichen und gehässigen, im unversöhnlichen Gegensatz mit der hohen und humanen Berufsaufgabe des Arztes schehenden Mitteln aus tiefer Seele bedauert haben, können sich auch durch „reine Vermüngelung“ nicht veranlassen sehen, ihre Freiheit und Selbständigkeit dem Leipziger Verbande in Zukunft zum Opfer zu bringen.

Wenn sich unter den neu angestellten Kassenärzten einige wenige befinden sollten, die einfalls gelöscht über die weittragende Bedeutung einer dem Leipziger Verband gegebenen Unterschrift, sich selbst in ihrer Niederlassungsfreiheit beschränkt halten, aber fest vom Leipziger Verband im Stiche gelassen, eine Kassenarztstelle in Breslau angenommen haben, so bleibt für diese der Kassenarztvertrag rechtsgültig, auch wenn die Tatsache des gegen das dem Leipziger Verbande gegebene ehrenvollste Beispiele vertretenden Vertragsabschlusses der Verfolgung durch das ärztliche Ehrengericht unterliegen wird.

Bayerische ärztliche Ehrengerichtshof hat ausgesprochen, daß kein Arzt verpflichtet ist, sich den Anschwungen seiner Kollegen über die Notwendigkeit der Einführung der freien Praxiswahl anzuschließen und daß die Besetzungen der ärztlichen Vereine und Verbände ihre Wahlen finden müssen in der rechtsgerichtlich verbürgten Freiheit des Vertragsabschlusses, insbesondere in der rechtsgerichtlich garantierten Freiheitlichkeit. (§ 1 des Gesetzes über die Freiheitlichkeit vom 1. November 1867 und § 29 Abs. 3 der Reichsgehebeordnung.)

Der höchste ärztliche Ehrengerichtshof hat entschieden, daß es jedem Arzt frei stehen muß, in die ordnungsgemäß aufgestellte Kasse eines anderen Arztes einzutreten.

Viele Kerze Deutschlands, die mit zahlreichen Bestrebungen und Bemühungen des Leipziger Kerzerverbandes durchaus nicht einverstanden waren, glaubten ihm doch Verfolgung leicht zu müssen, weil zur Einsichtserinnerung nicht bloß die Standesärche in die Kampfeslinie geschoben wurde, sondern auch bezahlt, weil der Leipziger Verband mit den Treibern der gesellschaftlichen und beruflichen Achtung arbeitete.

Heutige Lage, nachdem die höchsten deutschen ordentlichen Gerichte Pauschialen des Leipziger Verbandes für ungültig und den guten Willen zumüllernd erklärt und für geeignet befunden haben, den ganzen ärztlichen Stand gesellschaftlich herauszuheben (vgl. fests. Oberlandesgericht und Reichsgericht), giebt ein verständiger Arzt nicht mehr an solche Drohungen.

Schon seit vielen Jahren ist es den aktiven Sanitätsoffizieren und den sanitären Ärzten untersagt, Mitglied des Leipziger Verbandes zu sein.

Die wenigen Sympathien der Leipziger Verband mit der Verteilung von Ressortimpfmaterial gegen neu angestellte Kassenärzte beim Ministerium zu Gunsten der Kerze in Breslau, die am 1. Januar d. J. ihre Stellung aufgegeben hatten, nachdrücklich eingeschlagen wird, braucht wohl nicht besonders erörtert zu werden.

Wie schlecht es stets bei so hässlichen Manipulationen mit der Wahrheitlichkeit besteht ist, haben die Regierungskreise längst schon erfahren. Auch die deutsche medizinische Presse hat darüber seit Jahren ausführlich berichtet.

Es ist gerichtlich festgestellt worden, daß in der Kampfeszeit zwischen Kerzen- und Krankenkassen in Köln in den Jahren 1904 und 1905 Leipziger Verbandsärzte die Werkstätten in den Fabriken besuchten und die Kassenmitglieder vorher fertiggestellte Beschwerden gegen Kassen und neue Kassenärzte unterschreiben ließen.

Im Jahre 1901 wurde in Köln bei Gelegenheit eines Beleidigungsprozesses vom Leipziger Verband eine schwärze Liste gegen die Verbandsgegner angefertigt. In dieser Liste war bei außerhalb des Verbandes lebenden Ärzten mangels irgend eines dunklen

Punktes in der Vergangenheit zum Gewebe der Minderwertigkeit angeführt, „der und der Arzt wollte sich einmal absindigen lassen, der und der hat einmal mit Agenten des Wirtschaftlichen Kerzerverbandes verhandelt.“

Der Leipziger Verband hatte dadurch an Gerichtsstelle selbst den inzwischen von vielen bezeugten Sach ausgesprochen, daß es einem Arzte nicht zur Ehre angesehen werden kann, Verhandlungen mit Vertretern des Leipziger Kerzerverbandes anzutreten oder Absindigungsabschläge mit dem Verbande zu machen.

Zur Zeit des Kampfes zwischen den Kerzen und den großen Krankenkassen in Leipzig, im Jahre 1904, war der Leipziger Verband noch ein Novum; er rührte ein goldenes Rückgrat und imponierte den Schwaben.

So, damals konnten sich die alteingesessenen Kerze die Wiedererlangung ihrer leichtsinnig aufgeschlängten Kassenarztstellen durch Absindung der neuen Kerze erhoffen.

Wohl 50 der neu angestellten Kerze ließen sich damals durch Versprechungen zum Vertragsabschluß verführen. So wurde in der Tat der Notstand in der ärztlichen Versorgung der Kassenmitglieder lästig erzeugt und das Eingreifen der Aufsichtsbehörde herbeigeführt. Da es in Leipzig nicht vereinzelte waren, sondern eine einzige zentralisierte Ortskassenstelle gab, musste die Aufsichtsbehörde daraufhin wegen nicht mehr anstreicherbar ärztlicher Hilfe auf Grund § 56 des alten Krankenversicherungsgesetzes „reagieren.“

Hier in Breslau liegen die Verhältnisse anders. Vom Leipziger Verband wußten die neuen Kassenärzte nichts mehr wissen und die Kassenmitglieder verteilten sich auf viele Einzellestellen. Auch jener Weg, den im Jahre 1904 die Aufsichtsbehörde in Köln eingeschlagen hatte, ist jetzt nicht mehr gangbar. Dort hatte der Oberbürgermeister als Aufsichtsbehörde den Kassen die Selbstverwaltung entzogen und mit den Leipziger Verbandsärzten Verträge namens der Krankenkassen abgeschlossen. Über nach 4 Jahre dauerndem Streitverfahren, das die Krankenkassen gegen die Aufsichtsbehörde angestrengt hatten, wurde 1908 durch das Oberverwaltungsgericht festgestellt, daß die Maßnahmen der Aufsichtsbehörde zu Unrecht erzielt waren mit der Begründung, daß die Aufsichtsbehörde mangels Wissens einer einzigen zentralisierten Kassenstelle nur für einen Teil der vorhandenen Einzellestellen hätte eingreifen dürfen, während für den anderen Teil der Einzellestellen die neu angestellten Kerze ausgereicht haben würden.

Bei den neuerdings stattfindenden Einigungsbahndlungen im Breslauer Kerzefreizeit dachte man wohl eher zu einem befreidenden Resultat zu gelangen, wenn durch vertragliche Abmachungen im Sinne der dem von der Kreishauptmannschaft Leipzig im Jahre 1904 mit dem Leipziger Kerzeverband abgeschlossenen Verträge hinzugefügten Sonderbestimmungen die Rechte der seit 1. Januar d. J. für die Kassen tätigen Kerze in geheimer Weise respektiert werden.

Einige unter den auswärts nach Leipzig zugezogenen Kerzen, ehemalige Mitglieder des Leipziger Verbandes, hatten allerdings entzerrnde Vorlesungen in ihrem Vergangenheitsregister aufzuweisen. Diese wurden nicht für mindig befunden, mit feiner Beleidigung angezeigt worden zu sein; sie wurden aus ihrem Vertragsverhältnis entlassen und — wieder dem Leipziger Kerzerverbande eingezogen.

Bedenkt man der Leipziger Kerzeverband auch nicht in Breslau erwarten, daß ihm zur Herstellung des Friedens zwischen Kassen und Ärzten der vom Ministerium entzogene Regierungsrat mit den Treibern der gesellschaftlichen und beruflichen Achtung arbeitete.

Heutige Lage, nachdem die höchsten deutschen ordentlichen Gerichte Pauschialen des Leipziger Verbandes für ungültig und den guten Willen zumüllernd erklärt und für geeignet befunden haben, den ganzen ärztlichen Stand gesellschaftlich herauszuheben (vgl. fests. Oberlandesgericht und Reichsgericht), giebt ein verständiger Arzt nicht mehr an solche Drohungen.

Schon seit vielen Jahren ist es den aktiven Sanitätsoffizieren und den sanitären Ärzten untersagt, Mitglied des Leipziger Verbandes zu sein.

Die wenigen Sympathien der Leipziger Verband mit der Verteilung von Ressortimpfmaterial gegen neu angestellte Kassenärzte beim Ministerium zu Gunsten der Kerze in Breslau, die am 1. Januar d. J. ihre Stellung aufgegeben hatten, nachdrücklich eingeschlagen wird, braucht wohl nicht besonders erörtert zu werden.

Wie schlecht es stets bei so hässlichen Manipulationen mit der Wahrheitlichkeit besteht ist, haben die Regierungskreise längst schon erfahren. Auch die deutsche medizinische Presse hat darüber seit Jahren ausführlich berichtet.

Es ist gerichtlich festgestellt worden, daß in der Kampfeszeit zwischen Kerzen- und Krankenkassen in Köln in den Jahren 1904 und 1905 Leipziger Verbandsärzte die Werkstätten in den Fabriken besuchten und die Kassenmitglieder vorher fertiggestellte Beschwerden gegen Kassen und neue Kassenärzte unterschreiben ließen.

Im Jahre 1901 wurde in Köln bei Gelegenheit eines Beleidigungsprozesses vom Leipziger Verband eine schwärze Liste gegen die Verbandsgegner angefertigt. In dieser Liste war bei außerhalb des Verbandes lebenden Ärzten mangels irgend eines dunklen

bekannt, ihre Fenerung von privilgierten Handlern zu beziehen: sie leben schon schwer genug unter den Vorrechten der schwerreichen Grubenbesitzer. Solche Reden mahnen dringend zur Vorsicht und zum festen Zusammenschluß in den Konsumvereinen.

Der Gast und die Polizeistunde.

Es ist allgemein bekannt, daß sich jeder Wirt strafbar macht, wenn er in seinem Lokal Gäste über die gebotene Polizeistunde hinaus duldet. Aber auch der Gast macht sich strafbar, wenn er in einer Schankstube oder an einem öffentlichen Vergnügungsort über die festgesetzte Polizeistunde hinaus verweilt, „ungeachtet der Wirt, sein Vertreter oder ein Polizeibeamter ihn zum Fortgehen aufgesordert hat.“

So bestimmt es § 365 des Reichs-Strafgesetzbuches. Gestützt auf diese Vorschrift erhielt ein Leipziger Gefangenen einen polizeilichen Strafbefehl über sechs Mark zugestellt, gegen den er Einspruch erhob und eine Entschädigung des hiesigen Schöffengerichts forderte. Der Vorliegende fragte den Angeklagten, auf welchen Einspruch sich sein Einspruch gründete, worauf der junge Mann erwiderte: „Es wird doch wohl erlaubt sein, daß man sein Wirt mit Ruhe austreift und nicht deshalb die Hölle stehen läßt, weil die Polizeistunde geschlagen hat.“

Eine solche Säure liegt auch garnicht im Sinne des Gesetzesgebers“, belehrte der Richter den Angeklagten; „die Sache wird sich wohl nicht so harmlos zugelogen haben.“ Wit wollen darüber den Zeugen hören.“

Auf den Aufruf des Gerichtsdieners betrifft ein Schuhmann den Gerichtssaal, lässt den Elb, und befindet dann, er habe das Lokal an einem Novemberabend des vorigen Jahres bereits nach Einsicht der Polizeistunde betreten und darin den Angeklagten mit noch einigen anderen Gästen angetroffen. Während sich auf seine Aufrufforderung die anderen Gäste ohne Abseits gleich entfernt, habe der Angeklagte in poligem Tone gesagt, er werde erst in Ruhe seinen Schoppen hinuntertrinken und werde gehen, wenn es ihm passe, nicht wenn ihm die Polizei kommandiere. Als der Angeklagte eine Anzahl tranken möchte, sich zu erneuern, sei er scharf dazu ermahnt und wegen seines widerstreitenden Verhaltens angezeigt worden. Der Angeklagte bezeichnete diese Darstellung des Schuhmanns im wesentlichen als unrichtig. Das Gericht schenkte dem Schuhmann aber vollen Glauben und kam zu einer Verurteilung. Mit Mitleid auf die ungünstige Lage des jungen Mannes wurde der Strafbefehl auf drei Mark herabgesetzt.

* Aus den Linke-Hofmannwerken. Am Dienstag haben weitere Arbeitnehmer und Handwerker die Arbeit niedergelegt, so daß jetzt 405 Leute ausständig sind. Die Zahl dürfte sich täglich erhöhen, denn viele können die Arbeit, die meistens Teilarbeit ist, nicht fortsetzen. Näherer Bericht folgt.

* Zwangswise versteigert werden demnächst vom hiesigen Amtsgericht folgende Grundstücke: Fleischkastrasse 11, Drabiziusstraße 2 am 2. März, Hedwigstraße 41 am 3. März.

* Zur Vergütung des Dachdecker Meier und seiner Angehörigen auf der Weißgerberstraße wird uns aus dem Kreise der Dachdecker geschrieben:

Dass Meier aus Nahrungssorgen zu dem Entschluß gekommen ist, sich und die Seinen aus der Welt zu schaffen, ist unmehr verwunderlich, denn er hat nie zusammen mit seinem Sohne als Dachdecker selbständig gearbeitet. Im Winter freilich trat die Bauarbeit und damit auch die Dachdeckerarbeit, so daß Meier zur Zeit ohne Arbeit und Verdienst war; er durfte indessen sonst nicht haben, daß er leben konnte. Der Breslauer General-Anzeiger schreibt, Meier habe sich beim letzten Dachdecker als Hüher betätigt. Davon kann gar keine Rede sein, denn Meier arbeitete nicht als Geselle, sondern selbständig auf eigene Rechnung; er hat den Tarif des Gesellen-Dachdeckers als Unternehmer anerkannt. Der Bergsteiger war allezeit ein treuherziger Familienvater, der mit seiner Ehefrau sehr ehrlich lebte. Das Hinleiden seiner Frau vor etwa 1½ Jahren hat Meier ungemein bedrückt; er fliegte häufig darüber, daß er seine beste Stütze verloren hat. In der Vergewaltigung über den frühen Tod seiner Ehefrau ist Meier in der letzten Zeit wohl auch dazu gekommen, hin und wieder im Althof den nötigen Todt zu suchen; ein Kind ist er jedoch nicht geworden. Im Kreise der Dachdecker war Meier allgemein geschätzt; sein bedauerliches Ende wird überall schmerzlich empfunden.

* Vermisst wird seit dem 17. Januar der 56 Jahre alte Schneidermeister Rudolf Hanisch, Brunnenstraße 37. Er ist etwa 1,72 Meter groß, hat dunkles Haar, blaue Augen und dunklen Schnurrbart.

wie üblich, gleichermaßen Gedränge herrschte. Ein Gast stieß einen anderen; dieser sprang auf und antwortete auf die Entschuldigung mit einem Stoß vor die Brust. Als er dann mit gleicher Münze bedient wurde, zog er einen Armeerevolver und drohte dem anderen, ihn zu erschießen. Mit Mühe entwand man dem Schießlustigen die Waffe. Nun stellte sich heraus, daß der Revolver mit einigen scharfen und einigen Plakpatronen geladen und sein Eigentümer der Leutnant Krüger war, der in Zivil an dem Hochfest teilnahm. Der Wirt wies den Leutnant, der Zuber in Cottbus kopieren wollte, aus dem Lokal; die Waffe wurde ihm dann leider wieder ausgehändigt. Natürlich werden die Rüstungsmanufakturen wieder ihre schützende Hand über den armen unschuldigen Leutnant halten, der beim Hochfest bedroht wurde und sich nur mit dem Armeerevolver retten konnte.

Von einem Böwen angefallen. Der Deutsche Fritz Schindler, Mitglied einer von Paul Magnat veranstalteten kinematographischen Expedition wurde am Sonnabend in Makrobi (Ostasien), während er einen Böwen aufzunehmen versuchte, von der Böve angefallen. Er ist den dabei erlittenen Verletzungen heute erlegen.

Lebenslängliche Zuchthausstrafe. Das Schwurgericht ist zweitürig verurteilt am Montag abend nach zwölflündigem Verhandlung den 32 Jahre alten Fabrikarbeiter Jakob Sigel aus Ludwigshafen wegen Totschlags § 228 zu lebenslanger Zuchthausstrafe und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, ferner wegen Stillschweigen verbrechens zu fünf Jahren Zuchthaus. Der Verurteilte hatte am 18. Juli in seiner Wohnung in Ludwigshafen an einem zwölfjährigen Mädchen ein Betthaken eingehängt, das Kind dann exzorisiert, die Bettdecke zerstört und in einen Sack gesteckt. Den Sack schleppte er aus seiner Wohnung fort und legte ihn auf einem öffentlichen Platz der Stadt Ludwigshafen nieder.

Petersburg überwintern. In Petersburg herrscht bis Dienstag früh 8 Uhr ein Sturm, der ein schneiges Steigen der Neva zur Folge hatte. Die Neva zeigt sieben Fuß über dem Normalniveau und überschwemmt die Inseln und den Wiborg Stadteil. Nur eine feste Eisdecke verhinderte einen größeren Ausdehnung der Überschwemmung, die trotzdem beträchtlichen Schaden anrichtete.

Feuersbrunst im New Yorker Hotel. Durch eine riesige Feuersbrunst wurde Montag die Weste der Hanhofstrasse am Broadway in New York zum größten Teil zerstört. Die gefallene Woge New Yorks hatte Stundenlang an der Brandstätte zu tun, um der Flammenkette zu werden. Dreißig nahezu vollendete Motorboote wurden ein Raub der Flammen, darunter eines, das allein einen Wert von 300.000 Mark repräsentiert. Auf der größten Teil der Doktanlagen ist vollkommen vernichtet worden. Der Schaden beläuft sich auf nahezu drei Millionen Mark.

Kunst und Wissenschaft.

Freiheit der Kunst in Preußen.

Zu dem Kapitel preußische Kultur hat das Oberverwaltungsgericht in Berlin einen neuen traumigen Beitrag geleistet. Es hat durch sein Urteil vom 26. Januar die Klage der „Freien Volksbühne“ gegen das Benützerbot des Dramas von Rosenow „Die im Schatten leben“, abgewiesen. Für die Freiheit der Kunst in Preußen bedeutet dieses Urteil geradezu eine Katastrophe.

Aber, die Rosenows Stück kennen, werden dem Vertreter der „Freien Volksbühne“ zugespielt, der vor dem Oberverwaltungsgericht ausführte, dieses Stück sei das mildeste und ruhigste Arbeitstheater, das die naturalistische Literaturperiode herabgebracht habe. Jetzt wird dort die Armut und Abhängigkeit der westfälischen Arbeiter in niederdramatischer Weise geschildert, aber in der ganzen Handlung findet sich auch nicht der leise Versuch der Arbeit, sich gegen die Unterdrückung aufzulehnen. Ein Streit mit nachfolgenden Tumulen, wie in Hauptmanns „Weber“, seine Dynamiterplastik, wie in Björns „Nebel unter der Kräfte“ oder „Kraft“, auch nicht ein einziges Mal findet sich darin, das den Rahmen eindrücklicher Schilderung überschreitet! Dem Berliner Polizeipräsidium hat aber diese Schilderung nicht gefallen und den Richter des Oberverwaltungsgerichts auch nicht darum, ob das Stück verdorben werden darf für Berlin verboten, nachdem es in Stuttgart, Mainz und Frankfurt a. M. unbefangen aufgeführt worden ist!

Man hat die „Freie Volksbühne“ der Benützung unterstellt, indem eine Reihe der angesehensten Dichter und Schriftsteller Deutschlands diese Regelung als vollkommen unverträglich zurückgewiesen. Trotzdem die „Freie Volksbühne“ in einer ruhmvollen Abendspielzeit Arbeit besessen hatte, daß die freie Ausstellung im Rahmen einer modernen Arbeitsorganisation der politischen Öffentlichkeit nicht bedarf. Man hat dann die Dichterlichkeit zu berücksichtigen mit der Erfahrung, daß diese Ausstellung von künstlerischer Leistung gegen die „Freie Volksbühne“ diktieren. Sie ist jetzt in das so begrenzte Recht vom Oberverwaltungsgericht bestätigt worden. Dem Nachschub, das ja der Ausstellung der „Freien Volksbühne“ durch ihre Arbeit in der ganzen Stadt erfordert, wird nach dieser neuen Erfahrung nicht mehr gestattet. Es steht aber mit freiem Gangen Blaue das in Bremen her-

ihende System, das im Lande der Dichter und Dichter wie im Lande stand.

Aus aller Welt.

Bei der Festnahme eines Räubers 11 Personen verwundet.

In einem engelegenen Stadtteil in Tiflis unternahm die Polizei ein Haus, in dem sich der berüchtigte Räuber Metzeli Schalli verborgen hatte, während eine Sapperton-Polizei-Polizei die benachbarten Straßen besetzte. Der Räuber lief auf den Hof hinaus und gab mehrere Schüsse ab. Nachdem er seine Patronen verschossen hatte, sprang er über den Baum auf die angrenzende Straße, wo er durch verschiedene nachgesandte Kugeln getötet wurde. Bei dem Feuergefecht wurden sieben Polizeibeamte, zwei Engländer, eine Frau und ein Kind verwundet. Im Hause wurden zwei tote Bomben gefunden.

Jurkoware Bluttat eines Unteroffiziers.

Wie Menschen getötet, einer verletzt.

Als Mogador in Marocco wird gemeldet: In der Nacht zum 23. Januar töte ein Unteroffizier von den Truppen durch Gewehrschüsse vier Personen, verletzte einen fünften und tötete dann sich selbst. Ursache ist unbekannt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

kleine Breslauer Nachrichten.

* Ein Kind überfahren. Dienstag vormittag wurde auf der Michaelisstraße, Ecke Neue Alsdorferstraße, ein elfjährige Schläger, der dort über die Straße rannte, von einem Straßenbahnauf erfaßt und zu Boden geschleudert. Das Kind erlitt schwere Verletzungen an Kopf und im Gesicht. Samariter der Feuerwehr legten dem Knaben Notverbände an und schafften ihn ins Allerheiligenspital.

* Schwerer Betriebsunfall. Am Dienstag vormittag ereignete sich in den Linke-Hofmann-Werken auf der Grundstraße ein schwerer Unfall. Auf bisher unausgefahrener Weise geriet ein Schlosser zwischen die Räder zweier Eisenbahnwagen und er wurde so schwer geschockt, daß er bewußtlos zusammenbrach. Sanitätsleute der Feuerwehr leisteten ihm die erste Hilfe und schafften ihn ins Allerheiligenspital.

* Eine wertvolle Uhr mit Kette gestohlen. Am Dienstag in der Mittagsstunde ist im Warenhaus von Barach auf dem Ringe einem Herrn, der den Fahrschlüssel benötigte, eine goldene Uhr im Werte von 600 M. mit goldener Kette im Werte von 300 M. gestohlen worden. Die Uhr war ein Glashüttler Werk mit der Nummer 388; im inneren Deckel hatte sie die Reparaturnummer C. 4410. Die goldene Kette hat einen mit Brillanten besetzten glackenähnlichen Anhänger. Vor Verkauf oder Beleihung wird gewarnt.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt:

Das Dorfgericht. Nach einer Besprechung des Justizministers vom 20. Dezember 1899 hat das Dorfgericht, bestehend aus dem Gemeindesprecher und zwei Schöffen, oder dem Gemeindesprecher, einem Schöffen und einem vereidigten Gerichtsschreiber, soweit nach den Umständen ein Bedürfnis hierzu besteht, für die Sicherung eines in seinem Bezirk befindlichen Nachlasses zu sorgen: 1. wenn der Erbe unbekannt ist, 2. wenn die Erbschaft noch nicht angenommen ist, 3. wenn ungewiß ist, ob der Erbe die Erbschaft angenommen hat. Ein Bedürfnis wird in der Regel nicht bestehen, wenn in der Sterberwohnung die Ehefrau oder ein erwachsener Verwandter des Erblassers sich aufhalten, oder wenn die im Bezirk des Dorfgerichts vorhanden wertlos sind.

Das Dorfgericht hat ohne Auftrag für die Sicherung der in seinem Bezirk befindlichen Nachlaßgegenstände unverzüglich, erforderlichenfalls auch an Sonn- und Feiertagen, zu sorgen.

Das Nachlaßgericht kann auf Grund der Todesanzeige nicht ermessen, ob eine Sicherung des Nachlasses geboten ist. Die Anträge zur Steigerung müssen deshalb immer unter dem Vorbehalt ergehen, daß die Erben unbekannt sind, oder seiner Erben den Nachlaß in Besitz genommen hat und ein Bedürfnis zur Sicherung des Nachlasses besteht. Da diese Anträge beim Dorfgericht immer erst einige Tage nach dem Tode des Verstorbenen eingehen können, wird durch dieselben die gebotene sofortige Sicherung nicht erreicht.

Der Landrat des Landkreises Breslau weiß deshalb die Dorfgerichte auf die Bestimmung hin, wonach dieselben verpflichtet sind, in allen Fällen, in denen nach den Umständen ein Bedürfnis dafür besteht, aus eigener Entschließung, ohne erst einen Auftrag des zuständigen Amtsgerichts abzuwarten, für die Sicherung des in ihrem Bezirk befindlichen Nachlasses zu sorgen.

Krankheitsbericht aus dem Landkreis Breslau. Es erkrankten in der Woche vom 18. bis 25. Januar 1914 am Grippe: in Kötzschau 1 Person; an Lippitsch: in Herrnroitsch 1 Person; an Lüderitz: in Herrnroitscher Pflegehaus 1 Person und an Scharlach: in Goldbach 1 Person.

Es verstarben an Lungen- und Krebsleiden 1 Person und an Atemr.: im Herrnroitscher Pflegehaus 1 Person.

Glatzschin. Unsere Mitglieder-Versammlung am Donnerstag war von 28 Genossen, darunter 4 Frauen besucht. Genossin Lawatsch hielt einen Vortrag, der bestmöglich aufgenommen wurde. Genossin Staudar aus Wohlwisch wurde einstimmig als Frauenleiterin gewählt. An Stelle des Genossen Peter wurde der Genosse Galke als Bezirksleiter für Glatzschin gewählt. Es wurden dann noch verschiedene Angelegenheiten geregelt, die besonders die Gemeindewahl betrafen.

Nutzunahme gegen Arbeiter. Am Sonntag vormittag wurde im Herold'schen Volks in Wohlwisch eine öffentliche Volksversammlung abgehalten, die mögig besucht war. Genossin Löbe hielt einen 1½ stündige Rede über Nutzunahme gegen Arbeiter. An zahlreichen Orten wies der Redner nach daß Arbeiter wegen der geringsten Leistung mit schweren Strafen belegt werden, er erinnerte an die vielen und schweren Strafen im Bergarbeiterrecht. Dieselben verhängten gegen Arbeiter hohe Gefängnisstrafen, während gegen Angehörige der besseren Gesellschaft niedrige Geldstrafen für ausreichend gehalten wurden. Unter stürmischer Zustimmung der Anwesenden brandmarkte der Redner das Geschrei der Junker und Industriellen nach Nutzunahmegesetzen gegen die Arbeiter. Der Gesangverein „Sied einig“ brachte zwei Lieder zum Vortrag. Nach Schluss der Versammlung stand noch eine Diskussion vorstandssitzung statt.

Die Wählerliste liegt nur noch bis zum 30. Januar aus. Wer sie noch nicht eingeschenkt hat, hole es schnellst nach, wenn er sein Wahlrecht nicht verlieren will. Wer nicht in der Wählerliste steht, darf nicht wählen.

Malsch. Von Bückebau. Für unseren Ort, mit der bekannten Bahnverbindung nach fast allen Himmelsrichtungen und seiner ansehnlichen Industrie, ist die Öde von jeher als verkehrsschwieriger Punkt betrachtet worden. Zur Zeit des starken Eisgangs, sowie bei Hochwasser ist es überhaupt nicht möglich, das jenseitige Ufer zu erreichen. Dabey sind die Delikatessen auf dem rechten Oderufer, wie Leibnitz usw. auf den Verkehr in Malsch angewiesen. Jahrzehnte lang bestand auf beiden Seiten der Wünsch in Malsch eine Oderbrücke zu bauen, um so das Verkehrshindernis für immer zu beseitigen. Auch die Regierung versprach, diesem Wunsche nachzukommen. Es wurde projektiert, nach den verschiedensten Richtungen hin vermessen und ausgezeichnet. Aber immer wieder scheiterte der Bau, teils an geographisch-technischen Schwierigkeiten, teils an der Verzeitigung und Aufbringung der Kosten.

Endlich im Frühjahr 1913 sollte dieser langersehnte Wunsch in Erfüllung gehen, aber ganz anders als die meisten erwartet haben. Wer in Zukunft von Malsch nach Leibnitz gehen will und dabei eine Tour durch den bekannten Oderwald zu machen gedenkt, dem bleibt schon nichts weiter übrig, als nach alter Sitte in Malsch mit der Brücke überzufahren. Die Weiler an der linken Uferseite sind jetzt gestellt und schon wird kräftig am Überbau gearbeitet. Mit dem Ließbau am rechten Ufer soll bald das Eis weg ist, begonnen werden. Eventuell werden dann auch die Erdarbeiten, Abtragungen und Dammschüttungen aufgenommen werden, sodass mit Eintritt kühler Wetters es in der hiesigen Region an Arbeit nicht fehlen dürfte. Was auch sehr ungünstig ist, denn auch hier macht sich zurzeit die Arbeitslosigkeit bemerkbar.

Bautz. Distriktsversammlung. Nach langer Zeit hatten sich die Mitglieder dieses Distrikts wieder eingefunden und an der Versammlung beteiligt. Hauptsächlich viele das

auch in Zukunft so. Genossen Gröwig hielt einen Vortrag über die notwendigen Vorbereitungen zur Gemeinderwahl. Seinem Antrag gemäß wurden die Genossen Langner, Horpe und Stissel bestellt, eine Liste aufzustellen und diese mit der amtlichen zu vergleichen. Daraus gab der Distriktsführer die Berechnung. Der Verlauf der Wahlen ist ein sehr ungünstiger zu nennen. Auch die Mitgliederzahl ist im Distrikt zurückgegangen. Das muss die Genossen aufmerksam, für bessere Verhältnisse zu sorgen, indem ein jeder kräftig mit arbeitet. Als Distriktsführer meldete sich freiwillig Genosse Schellen, der schon früher das Amt zur größten Zufriedenheit inne hatte. Am 7. Februar soll ein, von allen am Ort bestehenden Gewerkschaften veranstaltetes Fest abgehalten werden. Zu bemerken ist noch, daß jetzt ein neuer Gastwirt das Lokal von Groß & besitzt, der seine Lokalitäten zu allen Versammlungen zur Verfügung stellt. Es ist nun Pflicht der Sachwirthe Arbeiter, diesen Gastwirt zu unterstützen. Mit einem dreimaligen Hoch auf die Partei schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Friedewalde. Unser erster Frauenabend war gut besucht. Aber es ist zu bedauern, daß nur der Bezirk Großwitz exklusiv war und aus den anderen zwei Bezirken nur zwei Genossinnen. Genossin Lawatsch schilderte die traurige Lage und politische Rechtlosigkeit der Frau. Sie forderte die Frauen auf, sich zusammenzutun, um sich ihre Rechte besser einzukämpfen zu können. Lebhafte Befall wurde ihr zuteil und einige Neuannahmen waren der sichtbare Erfolg ihrer Ansichten. An Stelle unserer Genossin Lawatsch wurde die Genossin Wartsch als Verteilerin des Frauenabends gewählt. Ferner zeigte Genossin Wartsch an, eine Wochentafel - Unterstützung zu schaffen. Ihnen schlossen sich mehrere Genossinnen und Genossen an und so wurde sein Vorschlag angenommen. Die Frauenabende wurden auf den 4. Sonnabend im Monat festgelegt.

Sport- und Körperpflege.

Zur Besichtigung!

Von den Arbeitersportverbänden ist vor Jahresfrist eine Zentralkommission für Sport und Körperpflege gebildet, die ihre Hauptaufgabe darin erblickt, die Arbeiterschaft über das arbeiterfeindliche Treiben der bürgerlichen Sportvereine die fast sämlich dem Jungdeutschland und angeschlossen sind — aufzuhören. Die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands hat die Verpflichtung, die Ausführungsarbeit der Kommission zu unterstützen. Möglicherweise werde man sich an die Centralcommission für Sport und Körperpflege. Adresse: H. Reichardt, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, II.

Jugendbewegung.

Klerikale Jugendorganisationen. Seitdem die bürgerliche Gesellschaft erkannt hat, daß die gelben Organisationen doch nicht einzeln sind, den sozialdemokratischen Organisationen den Garde zu machen, bemühen sich die bürgerlichen Klassen, die Arbeiterjugend einzufangen. Zu dem Zweck machen nun in Deutschland und Österreich die verschiedenen Junglings- und in der letzten Zeit auch Jungfrauenvereine eimor. Wie zahlreich sie vor allem in Deutschland sind, zeigen die Veröffentlichungen, die vor Monatsfrist der „Evangelische Arbeiterbote“ brachte.

| A) Evangelische Vereine. | Mitglieder |
|--|------------|
| 1. Verband der evang. Jungfrauenvereine Deutschlands | 250 000 |
| 2. Nationalvereinigung der evang. Junglingsblindenisse | 150 000 |
| 3. Jugendbund für entzündetes Christentum | 12 000 |
| 4. Nationalkomitee für Bibelkranzchen unter Schülern | |
| höherer Lehranstalten | 9 000 |
| 5. Bund deutscher Jugendvereine | 7 900 |
| B) Katholische Vereine. | |
| 1. Katholische Junafrauenlongregationen | 350 000 |
| 2. Junglingsvereine | 260 000 |
| 3. Kirchenvereine | 14 825 |
| 4. Dienstabenteilvereine | 11 000 |
| 5. Verband erwerbstätiger Frauen u. Mädchen | 7 600 |

Das sind insgesamt 1 170 725 Mitglieder. Wer die konfessionelle Jugendbewegung kennt, der weiß zwar, daß da viele gezählt werden, die schon längst nicht mehr Mitglieder sind. Innumerab sind die Ziffern, daß es die Pflicht aller Arbeitsereltern ist, ihre Kinder den freien Jugendorganisationen zuzuführen. Mainenant die Mütter sollen es nicht verstehen, die Kinder so zu erziehen, daß sie nie Freude an dem klerikalen Geist finden können.

Neueste Nachrichten.

Eine Folge der Erklärung des Kardinals Dr. Kopp.

Geheimer Justizrat Dr. Porsch hat, wie die „Neisser Zeitung“ meldet, sein Amt als Konsistorialrat I. Instanz beim Bistums-Konsistorium in Breslau niedergelegt. Die „Neisser Zeitung“ bringt diese Nachricht im Zusammenhang mit der Erklärung des Kardinals Kopp zur Gewerkschaftsfrage.

Kardinal Kopp hat, wie die „Böhmische Zeitung“ erfährt, bei seiner neulichen Anwesenheit in Berlin jeden Empfang von Mitgliedern der Centrumspartei abgelehnt. Bei der Versprechung im Kultusministerium soll es sich um die Ernennung einesoadjutors zum Juro succedenti gehandelt haben. Angeblich will der Kardinal das Sorge tragen, daß auch nach seinem Ableben im gleichen Geiste wie bisher auf dem fürstbischöflichen Stuhle regiert wird.

500 Opfer einer Fliegerbande.

Odessa, 28. Januar. Eine auf dem Dampfschiff „Zagarew“ hier elgetroffene Pilgergruppe teilte mit, daß unweit von Melita eine Karawane von zahlreichen bewaffneten Arabern überfallen wurde. 60 Pilger wurden getötet. In den letzten Monaten sollen etwa 500 Opfer in das gut organisierte Raubernest geraten sein.

Flucht des Präsidenten von Haiti.

Port-au-Prince, 28. Januar. Nach Straßenkämpfen in Port-au-Prince hat sich der Präsident von Haiti mit seiner Frau auf den deutschen Kreuzer „Vineta“ geflüchtet.

Termin der bulgarischen Wahlen.

Sofia, 28. Januar. Gestern ist ein königlicher Utaß erschienen, der den Termin der Neuwahlen auf Sonnabend auf den 9. März festgesetzt. Die Wahlen werden auch in Neu-Bulgarien durchgeführt, das 41 Deputierte zu stellen hat.

Die russische Geschäftsfabrik Utiloß von Krupp angekauft?

Paris, 28. Januar. Eine außergewöhnliche Meldung bringt das „Echo de Paris“ aus Paris. Danach regt sich dort mit Hartnäigkeit das Verlangen, daß die russische Geschäftsfabrik Utiloß in Petersburg von der deutschen Geschäftsfabrik Krupp aufgelöst werden sei.

Die bulgarische Opposition gegen den König.

Sofia, 28. Januar. Die führende konservative oppositionelle Partei hat eine Resolution gegen Ferdinand entdeckt, in der steht, daß die Regierung nicht zur Demission veranlassen sollte, für die daraus folgenden Ereignisse verantwortlich

zu verlangen, daß er das Kabinett Radostlawow entlässe. Der König hat die Deputation nicht empfangen. Daraufhin haben die Bauern an den Fuß der königlichen Radinstanz ein Monument errichtet, in dem sie ihre Forderungen darlegen und insbesondere betonen, daß sie den König, falls dieser Radostlawow nicht zur Demission veranlassen sollte, für die daraus folgenden Ereignisse verantwortlich machen müssen.

Verhaftung einer österreichischen Spionin.

Belgrad, 28. Januar. Unter dem Verdacht der Spionage wurde gestern früh, wie hierzulande melden, die in der Belgrader Gesellschaft gut bekannte junge Bildhauerin Helena Dimitrijević festgesetzt. Diese junge Dame ist vor sieben Jahren als Studentin der bildenden Künste nach Belgrad gekommen und hat es verstanden, sich in den besten Belgrader Kreisen Eingang zu verschaffen. Prinzessin Dimitrijević hat während ihres ganzen Belgrader Aufenthalts in Wien der Polizei gearbeitet, die sie ihre Berichte durch Vermittelung geholter Detektive, die die junge Dame als elegante Kavalierin aufsuchten, ableseste. Die Untersuchung ist sehr eingehend geführt und hat bereits schwer belastendes Material aufgetragen. Die Verhaftung der allgemein bekannten Bildhauerin hat in der Stadt großes Aufsehen hervorgerufen.

Vom Londoner Streit.

London, 28. Januar. Unter dem Verdacht der Spionage wurde gestern früh, wie hierzulande melden, die in der Belgrader Gesellschaft gut bekannte junge Bildhauerin Helena Dimitrijević festgesetzt. Diese junge Dame ist vor sieben Jahren als Studentin der bildenden Künste nach Belgrad gekommen und hat es verstanden, sich in den besten Belgrader Kreisen Eingang zu verschaffen. Prinzessin Dimitrijević hat während ihres ganzen Belgrader Aufenthalts in Wien der Polizei gearbeitet, die sie ihre Berichte durch Vermittelung geholter Detektive, die die junge Dame als elegante Kavalierin aufsuchten, ableseste. Die Untersuchung ist sehr eingehend geführt und hat bereits schwer belastendes Material aufgetragen. Die Verhaftung der allgemein bekannten Bildhauerin hat in der Stadt großes Aufsehen hervorgerufen.

24 Soldaten

von einem tollwütigen Affen gebissen.

London, 28. Januar. Eine Dame in der Baumwolle hat sich verhaftet. 100 000 Arbeiter des Baumwollgewerbes haben in einer stark besuchten Versammlung beschlossen, heute die Arbeit zu unterbrechen, und es steht zu befürchten, daß sie ihren Beschluß auch wahr machen werden.

Ein verlorengegangener Personenzug.

London, 28. Januar. Nach einem Telegramm aus San Francisco ist der Post- und Telefonenzug aus Chicago mit hundert Passagieren im Distrikt von Santa Barbara, der überschwemmt ist, auf der Santa Fe-Eisenbahn verlorengegangen. Man hofft große Besorgnis um das Schicksal der Passagiere.

Aufdeckung einer Verschwörung gegen Huerta.

Mexiko (City), 28. Januar. Hier ist eine Verschwörung gegen Huerta aufgedeckt worden. Für den Monat Februar war ein Staatsstreich geplant. Die ganze Nacht waren Geheimagenten unterwegs, die die Fäden des Komplotts aufzudecken. An den Spitzen der Verschwörung standen General Gonzales und Oberst Vito. 42 Teilnehmer an der Verschwörung, unter ihnen 22 Deputierte, sind verhaftet worden. Die Verhafteten wurden teils ausgewiesen, teils verschlossen. In Mexico wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Arbeiterführer werden deportiert.

Raystadt, 28. Januar. Die Regierung hat beschlossen, jeden der hervorragendsten Führer und Beamten der Arbeiterschaft zu deportieren. Die Arbeiterschaft, über welche die Deportation verhängt worden ist, sind unter starker Beobachtung von Transvaal nach Natal deportiert worden. Dort werden sie auf einen Camp untergebracht, der vor Tagesanbruch nach England abgeht und unterwegs keinen Hafen anläuft. Die Deportationsverfügung erfolgte unter dem Kriegsrecht. Es werden Maßregeln getroffen, um die Rückkehr der Deportierten nach Südafrika zu verhindern.

Für je einen Mord 8 Mark.

New York, 28. Januar. (Verl. Lof.-Ang.) Ein 29-jähriger Mensch erklärte vor dem Polizeigericht, eine italienische Bande habe ihn unter Todesdrohung gewungen, für sie achtzig Bomben herzustellen. Fünf Jahre später habe ihm eine Prämie von acht Mark ausgesetzt worden.

| Breslau, 27. Januar. Gestellt von der Markttasterungskommission für Getreide. | | Für 100 KiloGramm | |
|---|--|-------------------|------------|
| Weizen, gute Qualität der letzten Ernte | | 17,90 | - 18,10 M. |
| Mengen abgestiegen | | 14,90 | - 15,10 |
| Hörn abgestiegen | | 14,20 | - 14,40 |
| Barmerste, | | | |

Stadt-Theater.

"Tannhäuser" von R. Wagner.

Gestern wurde der 168. Geburtstag Mozarts durch eine Opernaufführung feierlich begangen. Es gehört mit zu den Stücken einer Theaterleitung, solche Gedächtnisse gebührend zu veranstalten. Das große Publikum ist erschrocken unwillkürlich im Punkte der Theatergeschichte und es drängt sich auch nicht unbedingt dazu, diese Worte auszuspielen; aber wenn man ihm dieses Verleumdung vorlegt, dann ist es auch dankbar das. Wenn man diesen Witz mehr belästigt, als es in Wirklichkeit geht, würde der Spielplan nicht an der schon so oft verlegten Einzelheit leiden und manches wertvolle und nur vergessene Werk den Weg an das Rampenlicht finden.

Gestern traten zwei Gäste auf: Herr Seidler als Tannhäuser und Herr Max Davollon als Wolfram. Der Vertreter der Elternrolle besitzt einen angenehmen, vorzüglich eschulten Tenor, der auch genaueste erfüllt ist, um die Erzählung des alten Alles ohne Erklärung bis zum Schluss durchzuführen zu können. Bekannter Glanz strahlt die Stimme nicht aus. Müßig sicher ist Herr Seidler auch nur das Spiel weiß noch die produzielle Manieren auf, z. B. das zweimalige Werwerben der Dame, eine Nuance, die seltsamer Jahrzehnte angehört und heute höchstens noch in Kirch o. d. Knitter und ähnlichen Kunsttempeln anzutreffen ist. Alles in allem war der Gust durchaus keine üble Aquisition für uns. — Herr Davollon, der eine erfolgte Position seit Jahren in Hamburg hat, stellte wohl kaum auf einen Posten in Breslau. Seine Stimme erinnert in ihrer quellenden Frische an das Organ des unvergessenen Leopold Demuth, den ich zufällig 1890 hier in derselben Rolle hörte. Doch gibt Herr Davollon zu viel Ton und schließt seine Version oft mehr in den Vordergrund als nötig. Ob er ein guter Darsteller ist, durfte erst sein Altagen ausweisen. Als Wolfram bestechte er sich auf einige ähnliche Begegnungen, ja er gab ihnen stellenweise zu weichlich. Das Orchester war im dritten Akt am Schluß der Erzählung zu laut, sonst spielte es unter Beifall ganz zufrieden. Die nicht sehr zahlreichen Zuhörer waren eben lebhafte Applaus.

O. M.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

(Mitteilungen aus dem Direktionsbüro aus)

* Im Stadt-Theater gelangt heute Verdi's "Rigoletto" zur Aufführung. Die Elternrolle singt Max Davollon vom Stadt-Theater in Hamburg. Die übrige Besetzung ist folgende: Verdi — Paul Drachmann, Gilda — Rita Drachmann, Magdalena — Lotte Dörrwald, Sparafucile — Julius Wilhelm. Am Donnerstag wird zum ersten Male in dieser Saison Vorhangs komische Oper "Bar und Zimmermann" gegeben. Den Bar singt Max Oster, den von Bett Julius Wilhelm, den Auswuchs Max Haas, die Marie Frieda Bauer. Freitag wird Verdis große Oper "Rigoletto", die auch bei ihrer Wiederholung ungefehlten Erfolg gefunden hat, wiederholt. "Bar und Zimmermann" erscheint am Sonnabend zum ersten Male wochentags auf dem Spielvlon. Diese Aufführung beginnt um 6 Uhr. Zwischen dem ersten und zweiten Aufzug findet eine Pause von je 30 Minuten statt, und wird besonders darauf hingewiesen, daß während des Spiels der Betritt zum Zuschauerraume nicht mehr gestattet werden kann.

Die Ausgabe der vorbestellten Eintrittskarten für die Aufführung von "Bar und Zimmermann" am 1. Februar findet wie noch heute Mittwoch, den 28. Januar, vormittags von 10—12 Uhr, an der Tagessäule des Stadt-Theaters statt. Den Abonnenten bleibet ihre Plätze gegen Nachzahlung der Differenz zwischen dem Kassenpreise und dem erhöhten Preise ebenfalls bis Mittwoch 2. Uhr reserviert. Überhaupt abgeholt Eintrittskarten, ebenso Abonnements, wird von morgen Donnerstag ab anderweitig verboten.

* Theatergrat. Heute Mittwoch, den 28. Januar, abends 7½ Uhr kommt Grillparzer's Drama "Die Jüdin von Toledo" mit Hilf. Mary Urban und Herrn Director Viron in den Kapitullen zur 6. Aufführung.

Brieschen Wünschen zufolge wird die nächste Klassikerneuerstudierung Schillers "Maria Stuart" sein; zu diesem Berle, das in vollständig neuer dekorativer und kostümlicher Ausstattung — nach eigenen Entwürfen in den Werkstätten der Breslauer Schauspielhäusern — gespielt wird. — Sonntag, den 31. Januar in Szenen gehen wird, sind die Proben unter der Leitung Oskar Bergers bereits in vollem Gang. Die erste Wiederauführung von "Maria Stuart" wurde — wonit den vielen Sonntagsgästen aus der Umgebung Breslaus Gelegenheit geboten wird, einer Klassikaufführung des Operntheaters beizuwöhnen — für Sonntag, den 1. Februar festgelegt.

* Im Thalia-Theater gelangt heut Mittwoch, abends 7½ Uhr, als dritte Vorstellung der Gruppe H Georg Bürkels Schauspiel "Die Müller" zum zweiten Male zur Aufführung. — Für Sonntag wird ein ausgezeichnet älterer Schwanz, der in Breslau seit Jahren nicht mehr gespielt worden ist, "Madame Bonnard" von Bisson und Mars, vorbereitet.

* (Gesellschafts-Operettentheater). Heute Mittwoch geht die Operette "Die ideale Gattin" von Franz Lehár in Szenen. Die Aufführung der "idealen Gattin" am vergangenen Mittwoch fand ebendas den größten Erfolg des jahrtausendsausigen Hauses. Donnerstag wird die neue Operette "Polenblut" wiederholt. Freitag "Die Königin". Die "Königin" brachte vor Kurzem auch im Globe-Theater in New York einen außergewöhnlich großen Erfolg. Sonnabend "Polenblut". Sonntag nachmittags zu kleinen Preisen "Der lachende Chemann". Abends "Polenblut".

* Der Vorstand des Breslauer Operettentheaters gibt bekannt, daß auch in diesem Winter die kein Publikum so beliebten Volksoperette im großen Saale des Schauspielhauses abzuhalten werden.

und zwar bas. erste am Montag, den 9., das zweite Montag, den 16. Februar. Die Preise sind dieselben wie in den Vorjahren, nämlich 50 Pfennig aus allen Plätzen. Über Programme und Solisten wird nächstes durch Plakate mitgeteilt werden. Beginn der Konzerte 8 Uhr.

* Siebzig Stabilität. Nur noch vier Tage dauert das Gastspiel von Leonhard Hassel, der mit seiner unkonventionellen Operette "Die Dalesprinzessin" allabendlich wahre Delikatesse für alle erzielt. Auch die Spezialitäten bleiben nur noch bis Sonnabend, den 31. Januar, auf dem Spielplan.

Schlesien und Bösen.

Freisinnige Mittelstandspolitik.

Im schlesischen Wahlkreis Hirschberg wollen die Freisinnigen auf allen Gebieten des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens Anreger und Vertreter des Fortschritts sein. Alle wirtschaftlichen Korporationen werden daher auch vom Freisinn beeinträchtigt. Eine ganz besondere stramme Freisinnstruktur bilden die selbständigen Handwerker, und in der Handwerkssammer wird nach freisinnigem Regeln die einzige wahre Politik zur Rettung des Mittelstandes betrieben. Seit längerer Zeit führen diese freisinnigen Freischwaben einen gewissen Kampf gegen das Submissionsunwesen, weil sie darin einen der Hauptfeinde des Handwerks erblicken. Dieser Kampf der freisinnigen Mittelstandspolitiker hat jetzt eine überaus lächerliche Wendung genommen. Die Hirschberger Handwerkssammer baut im Riesengebirge ein Erholungsheim für frische und invalide Handwerkermittel. Und diese selbe Sammer, die überall die Kommunen am liebsten verpflichten möchte, das Ausstreichen von Arbeitern auf dem Submissionswege ganz aufzugeben, hat den großen Bau völlig in Submission vergeben. Es hat dieser Tage eine stürmische Protestversammlung stattgefunden, in der die Handwerkermittel gegen ihre Sammer in scharfer Weise Stellung nahmen. Da aber für die meisten Arbeiter die Zuschriften sind, dürfte bei dem Protest nicht viel herauskommen.

Stein-Leubnitz, 28. Januar. Aus einer roten Gemeinde. Am Sonntag fand eine Gemeindevertretersitzung statt, die den Voranschlag für das Steuerjahr 1914 festlegte. Die Einnahme und Ausgabe beträgt 4879 Mark. Die Gemeinden Groß- und Klein-Leubnitz, der Gutsbezirk Leubnitz und der Gutsbezirk Roitzsch bilden einen gemeinsamen Schulverbund, in dem die Kosten gleichmäßig auf den Kopf und nach dem Grundbesitz berechnet werden. Außerdem erhält dieser Schulverbund einen jährlichen Staatszuschuß von circa 450,- bis 500 Mark. Auf die Gemeinde Klein-Leubnitz kommen davon 1200 Mark in diesem Jahre. Da der Schulverbund jährlich ganze 10 Mark für Schüler an arme Schulindustrie ausgibt, beantragte Genossen Kramer, daß die Gemeinde Klein-Leubnitz ebenfalls 10 Mark in diesem Jahre aus der Gemeindehafte bewillige; dieser Antrag wurde angenommen. Da sich die Einnahmen von Klein-Leubnitz bedeutend vermehrt haben, könnten die Steuerzuschläge sämtlicher Steuern um 50 Prozent, die der Gemeindesteuer sogar 150 Prozent erhöht werden. Demnach betragen die Zuschriften für 1914 für die Gewerbesteuer 100 Prozent, alle übrigen Steuern 200 Prozent. Die Umschäffer, die im letzten Jahre verhaftet wurden, bringt der Gemeinde ebenfalls eine erhöhte Einnahme. 700 Mark, ein Beitrag, der nach den heutigen Verhältnissen als hoch angesehen werden muß, wurden für Begebaute in den Ort eingestellt. Die Bläsertruppe der Dorfstraße ist von der Gemeindevertretung in Aussicht genommen. Erwähnenswert ist noch, daß dem Nachm. hier das Gehalt um 25 Mark jährlich erhöht wurde; dem vorläufigen Frauenverein wurden 20 Mark bewilligt, da dieser hier eine Krankenpflegerin unterhält; der Armenverband erhält 310 Mark, das Schieberbörse Kreiskrankenhaus 380 Mark Zusatz. Die Standesamtsumosten betragen 75 Mark (pro Kopf 7½ Pf.). Kleinsababen sind 800 Mark, Untervorstandsumosten 46 Mark. Feuerlöschstellen 100 Mark. Die Verwaltung der Gemeinde kostet nur 800 Mark jährlich.

Dass in Klein-Leubnitz der Gemeinderat verhältnismäßig günstig aufgestellt werden könnte, ist eben nur der kürzlichsten Mitarbeiter unserer Genossen zu danken, die befähigt in der Gemeindevertretung die Mehrheit haben. Auch die eisrigsten Gegner werden sich jetzt schon davon überzeugt haben, daß es keine besseren Förderer der Kommunen gibt, als die angeblichen Feinde.

Nerode, 28. Januar. Einen fahlen Tod beim Rodeln fand das 10-jährige Töchterchen des Schuhmachers Herzog. Es verlor die Gewalt über den Schlitten und rodelte in den Mühlgraben, in welchem das Kind ertrank.

Langenbielen, 28. Januar. Tod infolge Unglücksfalls. Seinen Verleidungen erlegen ist der Klangerbeiter Saxisch, der, wie berichtet, mit dem Hund in den Kalender der Freien Christian Dietrich geriet. Der Tod erfolgte durch eingetretene Blutvergiftung.

Görlitz, 28. Januar. Eine Brauerei niedergebrannt. Am Sonnabend abend ist die vielen Görlicher Flüssigkeiten beladenen Tragöche Brauerei in Nieder-Hohenrieth bei Schönberg eingefärbt worden. Das Feuer, das ancheinend infolge Brandstiftung oder Fahrerlässigkeit entstanden ist, legte in kurzer Zeit das Brauhaus, die Restaurationsräume, das Wohnhaus und die Eisfabrikgebäude in Asche. Brauereibesitzer Kraus ist ein sehr bedeutender Schaden, da er vor zwei Jahren die

Restaurationsräume neu gebaut und entsprechend eingerichtet hat. Ein großer Posten Malz und Hopfen sind ebenfalls verbrannt.

Olsan, 27. Januar. Deßwegen Versammlung. Sonntag nachmittag fand im Gasthaus "Stadt Olsan" eine öffentliche Versammlung statt, die sich mit dem geplanten Attentat gegen das Koalitionsrecht und dem Standort von Fabriken beschäftigte. Der Referent Genosse Neufirch gab an einigen Urteilen Beweise, daß ein Schutz der Arbeitswilligen durchaus nicht notwendig ist. Zum Schluß wurden die Vorsätze von Fabriken einer Kritik unterzogen und betont, daß erst recht die Arbeiter sich gewerkschaftlich und politisch zusammen zu schließen um zu der Zeit solche Angriffe abzuhalten. In der Diskussion sprachen 2 Genossen im Sinne des Vortrages. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde hierauf die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Wendish DG., 28. Januar. Ein Kind verbrant. Von einem schrecklichen Unfall wurde die an der Tarnowitzcher Chaussee, Ackerstraße 8, wohnende Familie Oleich betroffen. Als die Frau Montag nachmittag für einige Augenblicke auf den Wäscheboden ging, kam das 4jährige Schätzchen, das ganz allein in der Wohnung zurückgelassen wurde, dem eisernen Ofen zu nahe. Im Nu fing es seine Kleider Feuer und bald glück der Kleine einer Feuerstube. Auf das Geschrei des Kindes kam die Mutter schnell wieder zurück und versuchte, das Feuer zu ersticken. Es war jedoch schon zu spät, der Kleine hatte so schwere Brandwunden erlitten, daß er lange Zeit darauf, ehe drastische Hilfe zur Stelle war, in der Wohnung verbrannte. Die Leiche des Kindes ist halb verkohlt. Auch die Mutter erlitt bei dem Rettungsversuch an den Händen sehr schwere Brandwunden, sobald ihr wahrscheinlich ein Finger abgenommen werden mög. Infolge der schweren Verletzungen und der großen Aufregungen liegt die Mutter des Kindes schwer brüderlich.

Gabitz, 28. Januar. Auf dem Heimweg von der Schicht tödlich verunglückt. Der Häuer Theophil Buchta aus Gabitz Süd ging nach vollendetem Schicht vom Georgsgracht auf dem Bahngleise der Sandbahn nach Orlau. Ein ungünstiger Fußfall wollte es, daß B., der jedesfalls den von der entgegengesetzten Richtung ankommenden Zug nicht bemerkte, von der Lokomotive einen Stoß erlitt und die Böschung hinabfiel. Die Verleugnungen waren solch schwerer Art, daß B. gleich nach Einschiebung im Knappischlazarett verstarrt.

Mühlstädt, 28. Januar. Nicht gelungener Fluchtversuch. Der im Gefängnis zu Zwieträum zu Halt stehende und des Raubmordes an dem Geldmeister Siegmund verdächtige Kanalbauer der Firma Mend & Sohn versuchte gemeinsam mit seinem Bellengenossen die Flucht aus dem Gefängnis. Die beiden waren die ganze Nacht mit dem Aussteigen der Dienst beschäftigt, um auf diese Weise in den Schornstein und von dort ins Freie zu gelangen. Da aber der Kanal mit einem festen Eisen versehen ist, mußten die Häftlinge auf diesen Hürden verzichten. Sie versuchten sodann in dem Fuchsboden ein Loch herzutreiben, um durch den Kellerraum herauszukommen. Bei dieser Arbeit wurden sie aber vom Gefängniswärter erwischt. In der Zelle wurde ein Brief gefunden, in dem die beiden sich vom Gefängnis verabschiedeten.

Gohlis, 28. Januar. Unter einsitzenden Erdmassen begraben. Zwei Arbeiter im Domintium Klein-Torlowitz sind dadurch verunglückt, daß sie einen Schieber unterminierten, aus dem sie stürzen herausnahmen. Die Erdmassen brachen zusammen und begruben beide Arbeiter. Der eine ist tot, der andere wurde schwerverletzt dem bissigen Krankenhaus überstellt.

Versammlungen und Vereine.

Pöbelwitz. Mitglieder des Konsumvereins "Vorwärts". Mittwoch, den 28. Januar, abends 8 Uhr, bei Müller, Pöbelwitzstraße.

Olsan. Gewerkschaftsfeier. Mittwoch, den 28. Januar, abends 8 Uhr, bei Jäckel.

Görlitz. Wahlverein. Donnerstag, den 29. Januar, abends 8 Uhr: Frauenabend.

Aus der Geschäftswelt.

Was bringt die neuere Mode? Hierzu machen wir die geschätzten Leser auf die heutige Lage des weltbekannten Lucherverbandshauses von Lehmann u. Schmid in Spreeberg aufmerksam und genügt die vorgedruckte 2-Pfennigstafette, um sofort loslos die Muster zu erhalten.

Das bedeutendste Theater- und Masken-Kostümverleihsgeschäft Heinrich Jacobson, Neue Schweidnitzerstraße 18, III., dessen Inhaber jahrelanger Kostümleiter am Stadt-Theater war, stellt seine historischen und Phantasiekostüme für hiesische und auswärtige Theater. Besonders die geschmackvollsten Masken-Kostüme für Herren und Damen, die unter seiner künstlerischen Leitung gefertigt werden, sind eine Sehenswürdigkeit. Ein Besuch dieses Instituts ist deshalb sehr zu empfehlen.

Leser! Beworben bei Euren Einzelhändlern unsere Juwelen und die Adressen des Bezugsschulzen-Vereinisses.

Schlussstage: Donnerstag, Freitag, Sonnabend.

In letzter Stunde der grosse

Inventur-Ausverkauf

Was noch kostet ist und das,
was offiziell fort soll, ist
unvergleichlich billig!

Ein
die dagegen verloren geht
spricht für die
•• Billigkeit ••
unreue Ware

Auch für minderbemittelte ist
hierdurch eine günstige Gelegenheit
gute Waren billig zu kaufen!

Die Schlusstage unbedingt besuchen.

Meisterliches
großes Sortiment

Breslau
Neue Schweidnitzerstr. 1.

Unterhaltungs-Beilage

28. Januar 1914

Schön ist's, das zu denken, was niemand vor uns gedacht hat. Wolfgang Menzel.

Um eine Winterjade.

Don Alfred Gottwald

— (Nachdruck verboten.)

Auf den die Anklagebank bedeckenden Brettern stand eine blonde, ärmlich gekleidete Nächterin, der man die Sorgen und Entbehrungen vom Gesicht las. Sie war erst fünfundzwanzig Jahre alt, doch ließ sie ein trauriger und milder Ausdruck in den Augen weit älter erscheinen. Sie hatte noch nie in ihrem Leben als Angeklagte vor Gericht gestanden und zitterte vor Scham und Angst, als der Richterschreiber mit lauter Stimme die Anklage verlas. Noch beim Inhalt dieses Schriftstücks war sie hinreichend verdächtig, aus dem Laden einer Mousketonierstraße eine Mutterlade entwendet zu haben.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie sich schuldig bekannte, brachte sie nur mit äußerster Anstrengung etwas zu ihrer Entlastung vor. Und doch hatte der Vorsitzende eine ungewöhnlich wilde Tonart angeschlagen, denn der Menschheit ganzer Fächer sprach aus dieser zitternden Gestalt mit dem gräm durchfurchten Gesicht und den angstvoll blickenden Augen. Sie war schon seit Jahren filii die Konfektionsfirma, der sie die Jade entwendet haben sollte, als Nüchtern tätig gewesen und hatte sich auch an jenem Tage nach dem Geschäft begeben, um neue Arbeit abzuholen. Es war vieler Fall; sie leßt weder einer Winterjade noch Geld, und hatte den Geschäftsinhaber bitten wollen, ihr eine warme Jade für ihren eigenen Bedarf auf Abzahlung zu überlassen, damit sie bei dem weiten Wegen, die sie zurücklegen mußte, um Arbeit zu holen und abzuliefern, nicht zu frieren brauchte. Als sie den Geschäftstroum der Firma betrat, war aufällig der Chef nicht anwesend, nur einige Angestellte. Es war zwar kurz vor Geschäftsschluß, aber ihr wurde der Auftrag zuteil, an einigen verkaufsten Gegenständen kleine Veränderungen vorzunehmen. Man wies ihr einen Platz in einem Hinterraum an; sie sollte die Sachen nur fertigmachen, der Chef würde noch einmal kommen. Sie sah dies für eine günstige Gelegenheit an, denn sie hätte dem Chef heute bitten wollen, er möge ihr eine Jade auf Abzahlung oder auf Abzug vom Arbeitslohn überlassen.

Längst hatte sie die Vorbereitungen beendigt, aber der Chef kam nicht und die Nacht brach herein, die eisige Winternacht mit ihrem Grausen. Und sie hatte nur eine dünne Bluse an. Sie ließ sich nun zu der Unbesonnenheit verleiten, eine der dort hängenden Jäden anzuziehen und entfernte sich dann in der Annahme, daß der Geschäftsinhaber nachträglich seine Einwilligung zur Entnahme des Kleidungsstücks auf Abzahlschrift erteilen werde. Die Hintertür, durch die sie das Lokal verlassen mußte, hatte ein Schnappschloß, sie konnte also ruhig gehen. Aber vor der Haustür stieß sie auf den Chef, der eben in einer Drosche ankam. Er erkannte sofort die aus seinem Lager entnommene Jacke, ließ keine Einrede gelten und auf seinen Antrag stand sie nun hier vor den Schranken.

Nachdem die Angeklagte durch diese in abgerissenen Söhnen vorgebrochenen Erklärungen alle äusseren Tatbestandsmerkmale des Delikts selbst zugegeben hatte, verzichtete das Gericht in Uebereinstimmung mit dem Staatsanwalt auf die Vernehmung des Chefs als Zeugen. Es galt jetzt, in der Seele der Angeklagten zu lesen, um darüber schlüssig zu werden, ob sie solos gehandelt oder ihrer Anklage, sie hätte die Einwilligung des Geschäftsinhabers nachträglich nachzuhören wollen. Glauben sieizumellen sei

Der Vertreter der Anklagebehörde war mit dieser Seelenleserei rasch fertig. Die Absicht der rechtswidrigen Zweignung — führte er aus — stelle für ihn außer Frage. Es sei wohl möglich, daß die Angeklagte der Meinung gewesen sei, der Geschäftsmann werde ihr eine Fadé auf Abzahlung verkaufen. Sie habe jedoch diese Fadé sozusagen geläuft, während niemand im Laden war. Und auch der Mann auch dies hinterher billigen werde, habe sie sicher nicht geglaubt oder angenommen. Die Angeklagte sei sich also der Rechtswidrigkeit ihrer Handlungen.

„Trotz der Nöllage“ — schloß er — „in der sich die
Flugellage befand, halte ich die Zustimmung mildernder
Umstände für ausgeschlossen. Zu welchen Zuständen sollte
es führen, wenn zufällig leerstehenden Verkaufsläden ohne
weiteres Waren entnommen werden könnten, da dann
jedermann vor Gericht behaupten könnte, er habe den Ge-
schäftsinhalt nachträglich verständigen wollen. Ich be-
unterzoige eine klare Abtrennung.“

Die Angeklagte brach unter der Wucht dieses Straf-
antrags fast zusammen, da erhob sich ihr Verteidiger, ein
junges Rechtsanwalt, und hielt eine Rede, wie sie
vor Gerichtshof noch nie vernommen. Besonders der
Staatsanwalt zitterte vor nervöser Erregung, als der
jugendliche Verteidiger seinen Antrag auf Freispruch am
folgenden Morgen begründete: Ich muß die Richtigkeit der
Ausführungen des Herrn Staatsanwalts auf das ent-
scheidende bestreiten. Der Herr Staatsanwalt hat vielleicht
nie in seinem Leben ohne Mitterlager einen Späts-
tag unterzogen, wenn es draußen recht kalt war. In
einem überheizten Gerichtssaal scheint er noch weniger im-
standen zu sein, sich in die Lage einer frierenden Prüferin
zu versetzen und eine in der Not des Kindermordes begau-

gene Gesetzwidrigkeit in ihren seelischen Motiven zu verstecken. Meine Mutter war kein Fremdling in dem Geschäft, für das sie seit Jahren arbeitete. Sie war dort als ehrliche Arbeitnehmerin bekannt und konnte annehmen, daß man ihrer Versicherung, sie habe die Facke später bezahlt wollen, Glauben schenken werde.

Sollte meine Mänttin wegen Diebstahls verurteilt werden, so müßte auch der Inhaber des bestohlenen Geschäfts wegen Verleitung zum Diebstahl bestraft werden, da die Angeklagte nur durch die Schuldigkeit der Arbeitslohnne die dieser Mann seinen Näherinnen zahlt, in einen solchen Zustand der Bedürftigkeit geraten ist. Ich habe festgestellt und will durch Zeugen beweisen, daß kein anderer Fadenfabrikant am Orte gleich hammervolle Löhne zahlt. Meine Mänttin hat mit der angestrennten Arbeit nie mehr als eine Mark täglich verdienen können. Dafür mußte sie auch noch den Arbeitsraum und im Winter die Beleuchtung bezahlen, denn sie arbeitete zu Hause, und zwar auf ihre eigenen Nähmaschine, die sie auf Abzahlung entnommen hat; sie bezahlte auch die Nadeln, die sie beim Näherverbrauch aus eigenen Mitteln. Sie holte sich ferner die Arbeit trotz der entfernten Lage des Geschäfts selbst auf und schaffte die fertigen Fäden selbst hin, eine Zeitverzögerung, die ihr nie vergütet wurde. Mit einem Wort sie ersparte dem Fabrikanten die kostspielige Auslage eines eigenen Fahrtsbetriebes.

Und das für eine Mücke täglichen Verdienst! Das ist Blutwucher, der hier unter allen Formen der Gesetzlichkeit straffrei ausgetüftelt wird. — Der moderne Rechtsstaat, der auf den fossilen Anschaulungen des alten römischen Rechtes aufgebaut ist, schützt eben leider nur das Eigentum gegen rechlose Eingriffe, nicht aber die Arbeit, durch die doch erst Eigentum erworben wird, gegen die schamloseste Ausbeutung... (Hier versuchte der Staatsanwalt den Verteidiger zu unterbrechen, der jedoch mit überlegener Stimmkraft unentwegt weiter sprach.) Ich rufe den Fall jetzt noch von einer anderen Seite beleuchtet. Durch genaueste Informationen über die kaufmännischen Prinzipien des Geschäftsinhabers, gelangte ich zu der Überzeugung, daß auch die objektiven Tatbestandsmerkmale des Diebstahls hier nicht vorliegen. Unser Geschäftsmann hat sein ganzes Anlagekapital in seine Fabrik gestellt. Was er durch eine unerhörte Lohnabläckerung an Arbeitslöhnen erspart, und das ist bei dem Umfang seines Betriebes ein ganz erheblicher Betrag, verwendet der Mann zur Mehrfabrikation. Je mehr er an Arbeitslöhnen erspart, desto mehr Jacken kann er fabrizieren. Diese Jacke — hier wies der Verteidiger auf das Korpus deutete, das auf dem Richtertisch lag — würde vielleicht nicht hier liegen und überhaupt als gewöhnliches Fabrikat nicht entstanden sein, wenn unser Fabrikant seine Heimarbeiterinnen angemessen bezahlte. Die Allgegenwärtige, die als ein Bild des Jammers vor uns steht, deren welkes Gesicht die Spuren der Überarbeitung und grausamer Entbehrungen zeigt, hätte sich vielleicht einen Teil von der Frische und Elastizität ihres Alters bewahrt, wenn diese Jacke nicht existierte, also der Fabrikant bessere Löhne zahlte. Das heißt mit anderen Worten: Was Herzblut werden soll, verwandelt sich unter der Magie dieses äußerst sparsamen Fabrikanten in — Winterjacken. Diese Jacke ist also möglicherweise das fehlende Herzblut der blässen Näherin, die vor Ihnen auf der Anklagebank steht.

Sollte der Gerichtshof nach dem Strafantrag des öffentlichen Anklägers erkennen, so würde es auf die Gefahr hin geschehen, daß die Angeklagte ins Gefängnis kommt, weil sie ihr fehlendes Herzblut, das sich in einer Fäde verwandelt hatte, stehlen mußte, um ihr geringes vorhandenes Herzblut zu erwärmen. Es sollte also ein Mensch von einem Gerichtshof unseres humanen Zeitalters deshalb verurteilt werden, weil er sein eigenes Herzblut stehlen mußte, um es zu besitzen. Ich beantrage Freisprechung!"

Das Gericht sprach unter Würdigung dieser Ausführungen die Angeklagte frei.

Der Prozeß hat, wie sich dies von selbst versteht, nicht stattgefunden. Dieser Bericht ist nichts als eine forensisch-Zukunftsansicht aus einer besseren, neuen Zeit. —

Zum 100. Todesstage eines „Kunstürzers“

(1914. = *Sophonu* *Mettlieb* *Bulg.* = 1914.)

In einer Zeit wie der unserigen, da die Größe eines Patrioten an den Größe seines Monats gemessen wird, ist es doppelt lehrreich, einen, wie Ferdinand Lassalle ihn nannte, den größten und ehesten deutschen Patrioten zu feiern: Heute vor 100 Jahren starb der neben Kant berühmteste Philosoph S. G. Hichte, ein genialer Denker, dem Ferdinand Lassalle durch seine Rede vom 19. Mai 1862 vor der Berliner philosophischen Gesellschaft ein unvergängliches Denkmal gesetzt hat.

Fichte sieht — das haben gerade die Vorgänge der letzten zwei Monate aufz^e neue gezeigt — der Arbeiterschaft viel nüher als die, die alle Augenblide sein Andenken schänden, indem sie ihn ächteten und bei seines Geistes Schwungkraft Urtheile machen, um ihren Mitterpatriotismus zu rechtfertigen. Und im Stern seiner Werke bestrot Fichte dieselbe Kürzung über die Bildungsbestrebungen, die auch wir Sozialisten vertreten: Unter Bildung ist nicht auswendig gelerntes Wissen zu verstehen, sondern die Erziehung des ganzen Menschen. Ebenso wie die heutige Arbeiterschaft, zumal die unter Fichtes Leitgedanken die geistige Schlossheit seiner Epoche und berühmte als Ausbildungsberechtigte, darf keine Lust verrichten dürfen zwischen dem, was wir denken und dem, wie wir handeln. Seine Söhne erlaubte er nie verloren, wenn es nicht bei ungern Menschen bestanden sollte. Wenn man weiß, wie Vater Fichte die Geschichtswissenschaften beurtheilt hat,

Willens im Auge haben; das, was wir als richtig und wohl erkannt haben, muß resolut zur Tat werden.

Als Sohn eines armen Handwebers in der Oberlausitz war Fichte am 19. Mai 1762 geboren und später von einem reichen Manne ausgebildet worden. Schon 1782 hatte er zwei Universitäten absolviert, herauschte er sich an den Werken Kantis und besang in glühenden Worten Freiheit und Gleichheit. Seine öffentliche Laufbahn begann er mit einer Verherrlichung der französischen Revolution. Als nach dieser Revolution Napoleon erschien, jubelten ihm, wie wir von Heine wissen, die deutschen Revolutionäre zu, weil sie in ihm den Erfüller dessen sahen, was die Revolution gewollt hatte. So auch Fichte. Über indem Napoleon sich zum Kaiser krönte, erlosch die Begeisterung. (Heine sagt in den Ritterbüstern: Ich liebte den Korsen nur bis zum 18. Brumaire, denn da verriet er die Freiheit.) Man sah in ihm den Verräter der Revolution und in Fichte einen unbändigen Hass gegen Frankreich auf, weil es in dem Augenblicke, als es zur vollen Freiheit gereift erschien, sich kuschlich unter ein neues Joch beugte. In diesem Augenblicke

Die bürgerliche Geschichtsschreibung nennt es seine Befreiung von seinen Herrschern. Aber dem war nicht so. Friedrich hoffte, weil Frankreich die Revolution verraten hatte und er glaubte, das Deutschland sei berufen, der Menschheit die Freiheit eringen zu helfen. Daselbe Deutschland, das seitige und erschrocken sich ebenfalls dem Usurpator Bonaparte unterwarf und in der Zeit der kleinen Entziedigung Deutschlands dahin vegetierte. Deutschland, so glaubte 100 Jahre vor Gabern Friedrich, könnte denkbarinst das Ende der französischen Revolution bewenden; nur müsse man es selbst erst innerlich bestreiten. „Man muß zunächst den Boden bearbeiten, auf dem man geboren wurde, darf aber dort nicht stehen bleiben“, sagt er einmal.

Allein dieses Ideal ließ sich nicht verwirklichen. Eine kleine
kleine heerschne über ein rechloses Volk: die Literaten und Ge-
lehrten umschmeichelten Napoleon, die Fürsten waren vaterlands-
lose Gesellen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen. Gleiches
allein widerstand; er hatte den Mut, aller Gefahr spöttend den
Glück des Gedankens in das Volk zu werfen, es aufzuhütteln,
wachhaft national-international freiheitlichen Geist in ihm wach-
zuwecken, es zu ermahnen, sich aus furchtbarer Versunkenheit her-
auszuentwickeln zu einer wahren und echten Nation. Er hielt
seine Reden an die Nation, während die französischen Sieger
in den Straßen Berlins tobten, neben, bis eine furchtbare An-
klage gegen Napoleon inaten, weil er die Revolution, die Frei-
heit verraten hatte. (Lassalle sagte von diesen Reden, sie seien
eines der gewaltigsten Kühmesdenkmäler des deutschen Volkes,
an Tiefe und Kraft welthin alles übertreffend, was uns in
dieser Gattung aus der Literatur aller Völker und Zeiten über-
liefert ist.)

Napoleon achtete viel zu sehr das gesetzte können, um ~~zu~~
zu verfolgen. Dafür setzte ihm seine eigene Regierung besto-
harter zu: die Geistesarbeit wurde durch die Kanzlei verboten
und man verbot sogar Fleisches Fleisch (ähnlich). Von seiner
Professur in Jena wurde er vertrieben; verdächtigt er,
dass wenn nicht die Franzosen bis Lebendigkeit in Deutschland
gewonnen, kein Mensch mehr in Deutschland, der je einen freien
Gedanken gehabt hätte, eine Möglichkeit finde.

"Sie versetzen in mir einen Freudentrieb, der aufdringt, sich verständlich zu machen, und einen verschlungenen Denkschönen; es erscheint sie, wie ein Gespenst, die Selbständigkeit, die, wie sie dunkel ahnen, meine Philosophie weist." Selbständige denkende Menschen aber kann der Absolutismus nicht gebrauchen, sowenig der Kapitalismus denkende Arbeitnehmer, sowenig der Despot ein aufgeklärtes Volk gebrauchen kann.

Eines nur erkannte der große Denker noch nicht: die Freiheitsfrüste der revolutionären Bewegung. Er stand wie Goethe den Ursachen der Revolution verständnislos gegenüber und sah nicht, wie sich bereits ein neuer Kulturschlag aus den Kräissen des abgehenden Bürgertums erhob: die Arbeiterschaft, die später berufen wurde, seine Ideen in die Tat zu übertragen, sein Erbe und Vermächtnis anzutreten. Just an dem Tage — auch eine Ironie der Weltgeschichte! — da Fichtes Werke vollständig verboten wurden, wurde in Breslau der gehornt, der der leiste Jünger des Fichteschen Idealismus genannt werden kann, der weit besser als alle anderen den Idealismus Fichtes in seinem Geistes Wesenheit scharf erfaßte und tief verstand: Ferdinand Lassalle, der das politische Vermächtnis antat, indem er, wie Michting („Neue Zeit“, 26. Jahrgang, Band 1) sagt, „in ihm es es den verhüllenden Händen der „gebildeten Klüne“ enttritt und als große Nationalangelegenheit an das Volk brachte, daß nun reif geworden war, auf alle Hilfe zu verzichten und selber mit rüstigen Händen schafft, das erhabene Bild Fichtes zu verwirklichen, das sich erst dem Blide des sterbenden Gehers entschleierete: jenes wahrhafte Richtich des Fichtes, gegenüber auf Freiheit und Gleichheit alles dessen, was Menschenmenschheit trägt.“

Nur wenige Worte genügen, um zu zeigen, wie sehr viele die Gedankenarbeit des Freidenkers, Atheisten und Revolutionärs Hichte zu schätzen haben: Schon die Tatsache, daß ihn die Herrschenden zu erdrosseln versuchten, läßt ihn uns verachtet erscheinen. Die Reaction hat eine seine Nase: besser als der Fortschritt wittert sie das revolutionäre Moment in der Wissenschaft. Hichte wollte die geistige Neugeburt eines ganzen Volkes her vorrufen. Er glaubte aber nicht an die Zeit, in der er lebte, deshalb kam er auf den Gedanken, diese alte Menschheit absterben zu lassen. Er wandte sich an die neue Generation, an die Jugend. Er sagte, es gibt keine Befreiung der Menschheit, wenn nicht diese Menschheit in ihrer Jugend zu einem ganz neuen erzogen worden sei. Losgelöst von allen Einflüssen der Zeit sollte er seine Ziele durchsetzen. Es sollte keinen Unterschied der Klassen, der Rassen, der Bildung geben. Jeder junge Mensch sollte gleichmäßig unter dieser neuen Erziehung aufwachsen. Die erste Aufgabe dieser neuen Erziehung sei, daß die Jünglinge die ganze Kraft, die ihnen Unmenschlichkeit erlauben, lernen. Die Jugend sollte vor allem zur Energie erzogen werden, zum festen Willen. Die Kinder sollten von Anbeginn an handeln lernen, sollten nicht mit unnötigem Wissen belästigt werden. Alles sollte auf vollständiger Gleichheit, ohne jeden Unterschied auf der Arbeit aufgebaut werden. Hichte wollte diese Erziehung nicht für den alten Staat, er wollte durch sie einen neuen Staat gründen; er wußte, daß seine Ideale erst verwirklicht werden würden, wenn ein baulicher Staat der Unfreiheit besiegt sei. Damit stellte er auf den Boden eines sozialistischen Gemeinwesens und meint sehr Werk verwirklicht werden wäre, so wären wir heute nicht bei Gabern, sondern beim sozialistischen Staat weit näher als im da seine Werte beim Volk untergegangen, seine sozialistische Freiheitlosigkeit der französischen Revolution als revolutionäre Zeichen stehen verklungen werden. Denn Hichte lebte noch nicht einmal

Der unsreiche Siedlungsraum ist
der den Himmel schon auf dieser Erde zu-
finden und ewig Dauerndes zu verfügen, zu
eintöniges Eigentum, bald unvergänglich
im Zeitlichen selbst zu pfauen und zu er-
haben.

Der lebendige Fichte.

Von Kurt Signer.

Johann Gottlieb Fichte entstammt jener schässchen Landesherrenfamilie, an dem sich zuerst das Schloss des Industriekönigreichs befand. Als Sohn eines Kaufmanns wurde er am 19. Mai 1762 in dem Hause Hammann in der Oberstadt geboren. Eine tolle Kindheit. Die Familie ist halbdeutsch. Es lässt auf ihr also auch die Unmenschlichkeit der Erbunrechtsigkeit. Die Mutter stirnreißt und zieht. Schon dem Kind entsteht wohl der Zweck an der Autorität der Familie, und früh mag in ihm der Grundsatz seiner Wissenschaftsauffassung entstehen: Nichts darf in der menschlichen Gesellschaft dem Zusatz überlassen werden. Denn er selbst war völlig dem Zufall ausgeliefert. Aber er erschafft sich der einzige Weg des Ausstieg, der damals möglich war: er wird einen adeligen Edinger. Die Eltern hatten Bedarf an Pfarrern, denen die Kirche zufiel, ihre Interessen in geistlicher Unterweisung zu erhalten. Ein Freiherr v. Witzel wurde der Edinger des Kindes, auf den er aufmerksam geworden sein soll, weil er die Sonntagspredigt des heimischen Pfarrers sehr verstanden verstand. Der großherzige Witzel, der bisher die Eltern hütete oder mit den Kindern des Vaters haustierte, wurde erst in die Stadtkirche zu Wittenberg, dann in das Schlosskloster Wittenberg (heute Staatsburg) verbracht. Aber nach demselben Jahre stirbt sein Schwiegervater. Gleichzeitig sorgt niemand mehr für ihn; er ist nun ganz auf seine eigene Kraft angewiesen.

In Wittenberg herrscht die Tyrannie der älteren Schüler. Der jüngere Schüler ist eine Art Sklave des Obergelehrten, dem er unterstellt ist. In dieser Zeit schreibt Fichte: Sicut illas acutus illas acutus orbis, impavidum ferent ruinam: wenn die Erde zusammenbricht, die Männer treffen einen Durchgang. Schon in diesem selben Alter finden sich die beiden Freunde Fichte nebeneinander: Aufschwung und Erneuerung; beim Verfehlenden die Eltern oder den Müttern bleibet. Dieses Robinson entläuft in ihm die Sehnsucht nach der fernen Insel, wo der Mensch ganz aus sich selbst sein Sohn — geschichtlos — neu zu schaffen vermöchte. Er wird aber zurückgeholt und erhebt sich über das Elend, indem er die streng verbotenen Schrifsteller sucht: Wieland, Lessing, Goethe. Mit 18 Jahren wird er Theologiestudent in Jena, treibt aber nicht eigentlich irgend ein Fachstudium, sondern rost, unruhig, sehnlich durch die Facultäten schweifend, Allgemeinbildung. Viele Jahre gehen in dem leeren Elend eines jeden Hauses herum, das dem Mittellosen, den erfolglosen Studenten den Quaier nobilitat sitzt. Dann ist seine Kraft erlahmt. Eider er will dem vertrauen Elend sich nicht beugen, sondern in Freiheit über sich selbst entscheiden. Er ist entschlossen, seinen 26. Geburtstag nicht mehr zu erreichen. Am Abend wird er seinem Leben ein Ende setzen. Da — im letzten Augenblick — bietet sich ihm ein Erzieheramt in der Schweiz. Er geht nach Zürich und hier schlägt sein Leben Wurzel; findet auch in einer kleinen Klosterstadt die Freimaurer und spättere berühmte und hochgemachte Lebensgefährten.

1790 ist Fichte wieder in Deutschland, wieder in Leipzig; hausfeind und hausschreiter. Wieder ein Zufall entscheidet über seine geistige Richtung. Er soll einen Unterricht in Kant's Philosophie erhalten; so versteht er sich selbst in sie und, unmittelbarer Beobachtung, führt er zum ersten Male ein seltiges Leben im Geiste der Weisheit. Die Kritik der reinen Wissenschaft, die er seines später in den verschiedenen Entwicklungen seiner "Wissenschaftslehre" weiterführt, erzieht ihn zur strengen wissenschaftlichen Beweisführung. Über seine Art wird mehr bestimmt durch die praktische Kunst, so sogenannte Kants, in der die Idee der gleichen und freien Menschheit zum ersten Mal die wissenschaftliche Grundlage geisthaft handelnder Ethik bildet. Von hier aus entwickelt sich dann sein Lebenswerk: Ein kleinen Zustand der Einsamkeit und des Staatsrechts, wie in jenen auf vollständige Wirkung berechneten kleinen Schriften und Vorlesungen (Bestimmung des Menschen und Geschlossener Handelsstaat, 1800, Rede an die deutsche Nation, 1808) wirkt sich immer klarer und keiner die Idee und das Bild einer sozialistischen Gesellschaft aus.

In einem adligen Hause zu Wittenberg soll er Erzieher werden. Aber entwertet durch den feudalen Dünkel der Herrschaft, weicht er sofort den Bettel hin. Er war ja eigentlich doch nur nach Wittenberg gegangen, um die Möglichkeit zu gewinnen, in Altdorf zu sein und Kant persönlich kennen zu lernen. Bald ist er in Altdorf, und durch einen in stürmischer See hingeholten Brief an einer alten Offenbarung, gelingt es verschafft ihm auch einen Verleger. Die ohne Namen erschienende Offenbarungsschrift wird für ein Werk Kants gehalten und gleichzeitig überzeugend gelobt. Dieser Mithilfsauftrag befindet seinen Ruhe.

Fichtes ersteres Werk Kants auch Fichte mit hinreichender Gewalt des ungeheuren Schauspiels der französischen Revolution. Wieder in der Schweiz wird er zu ihrem sprachgewaltigen Protagonisten. So lobt seine führende Jugendzeit auf, in deren Schauungen des Publikums über die französische Revolution bestätigt. Schon 1792, als die Befreiung in Halle die Durchsetzung der Offenbarungsschrift unterlag, hatte er in einem Brief die letzte Regel all seiner künftigen Schriftsteller und Gedankenprophylaxen aufgestellt: "Für meine Person spreche der preußischen Prophezeiung unter der Rose höhn."

Die geringe Richtigkeit, die man am klassischen Wissenhof zu Weimar vor die Einfachheit und Dauer politisch-revolutionärer Ereignisse in Deutschland hatte, veranlaßte das Ministerium, die Universität Berlin nicht Jena. Wahr brauchte einen Lehrer, seine zugängigere Bereitschaft, als die Fichte, das Prophete. Und die demokratische Phantasie oder Phantasterei würde er sich schon in Freiheit und Würde ebenso eingerichtet, wie alle anderen, unter geschieden. So gabs ein Raum vor den Apathien von Daseinsqual und Leidenschaft. Das Vermögen einer Menschen kann Politik und Staatskunst und Leidenschaft sein. Der Erfolg des Lehrers sei nicht zu dem Propheten der Zukunft, dem nach das Geld lag und auf Spiel. Seine jüngste Tochter tritt nun Konflikt auf. Die Verbindungshabenden fordert er in ihrer rüden Art: "Das Preußische Regierung wird angegriffen. Durch die Scholäne auf eines Feindes Gefecht! Aufsätze in dem von Scholäne organisierten Journal wurden bezüglich der Universität verboten. Dieses Prophete hat in eisigen Hundert zweigelt in freilich ziemlich lebhaft man die Nobilitätsschule aus dem Dienst vertrieben, doch der Verfasser sich bemüht habe, nicht, auch bestreitet die Regelung höchst böswillig die Aufsätze, die ihre Universität in dem Grade verletzen. Aber in wenig ein schässchen leichten französischen Recht, zwischen die Scholäne und der Universität der Reaktion ganz unverhüllt sind, nicht ohne öffentliche Schande aus der Universität herausgezogen werden, in der sie lieber gar nicht gewesen wären." Wiederum ist dies der einzige Fehler, den dieser Mann in dem Artikel macht. Aber er ist der einzige Fehler, den dieser Mann in dem Artikel macht. Aber er ist der einzige Fehler, den dieser Mann in dem Artikel macht.

Wo das Elend ist!

Zu kommen aus einer Volksversammlung, wo jemand für die Arbeitlosen gesprochen hatte.

"So, wohl das ist ganz verkehrt, sagte der Herr Major, bei den Arbeitern, da ist ja das Elend garnicht, die sollen sich einmal in anderen Gesellschaften umsehen. Denen geht's gut, denen geht's mir zu gut, das ist ja alles nicht Denken Sie sich mal einen pensionierten, höherrn Offizier. Ich könnte Ihnen ein Liebchen singen, das hat eine ganz andere Tonart. Stellen Sie sich einmal vor, da hat so ein Mann seine zwanzig, dreißig Jahre gelebt und eines Tages sitzt er auf dem Pfosten mit seiner schlanken Person."

"Wie groß ist sie denn?"

"Kumpige sechstausend Mark jährlich."

"Innernhin — — —"

"Aber ich bitte Sie, ich habe eine Frau, zwei Kinder und zwei Dienstboten, da muß ich doch mindestens eine Sechstausendwohnung haben, und Wasser kann ich doch auch nicht trinken zum Mittagessen. Gleichzeitig habe ich noch zweitausend Mark Einkommen aus meinem Vermögen, aber was das heißt, mit acht Tausend jährlich leben, davon haben Sie ja keine Ahnung."

"Das wäre immerhin deutlich, aber ich kenne Arbeitersfamilien, da sind sechs und acht Kinder und noch nicht einmal zwei Tausender jährlich zu verbrauchen."

"Die sind's gewohnt, denen mögt das garnicht, aber unser einer, ich bitte Sie, wo man geflügelte Bedürfnisse und geistige höhere Interessen — Reden Sie mir nur nicht, wenn Verständnis für die soziale Frage im Volke wäre, dann würde man für uns Versammlungen veranstalten. Da wo die geistigen Interessen sind, da ist die Kultur eines Volkes, wo Kunstbedürfnis als ein gesunder Luxus ist, da lebt das höhere Wertgefühl der Nation."

"Herr Major kennen Sie das Gutshaus in Wittenberg?"

"Geb' ich nie geschenkt!"

"Das ist eigentlich schade, es ist so einfach wie etwa heute eine Baumerkunft im Schwarzwald, oder eine Weberwohnung in Schlesien. Aber kennen Sie vielleicht Goethes Gartenhaus?"

"Wie ganz fremd."

"Sehr bedauerlich; aber da ist ein Zimmer mit einem Tisch in der Mitte, an dem vier Stühle stehen; der ganze Raum mit seinem 'Abendmahl' dürfte nicht besser sein, als die Wohnunglichkeit eines Ihrer Dienstboten. Auf diesen Stühlen, um diesen Tisch, in diesem Raum haben seinerzeit Goethe, Schiller, Herder und Wieland, und zwar oft. Sie hätten doch sozusagen auch geistige Interessen."

"Aber erlauben Sie", rief der Herr Major, "wir haben doch auch eine ganz andere Erziehung als diese Herren."

Herr Sänger im "Bauhütte".

Höhen und Tiefen auf der Erde.

(Nachdruck verboten.)

Schon die Alten lehrten, daß die Erde eine Kugel ist, die frei inmitten des Weltalls schwimmt; sie ist zwar keine regelmäßige Kugel, sondern, wie genauere Messungen ergeben haben, ein Rotationsellipsoid oder Spätzold, das wie eine zylindrische Dose zusammengeknickt oder an den Polen ausgeplattete Kugel erscheint. Die Höhenmessung beträgt etwa 1:297, das heißt der Unterschied beider Halbachsen ist der 297. Teil der großen Halbachse. Gibt man daher einem Erdglobus einen äquatorialen Radius von 1 Meter, so ist der polare Radius von 3,83 Millimeter zu verkürzen, sodass die geringe Abweichung der Erde von der vollkommenen Kugelform rechtlich ist. Die ungeheuren Ozeane, die zu einem großen Teil die Unebenheiten der Erdoberfläche ausgleichen, tragen allerdings sehr viel zur Kugelformung bei, denn wir kennen uns erst ein wirtliches Bild von der festen Erdoberfläche machen, wenn wir uns alle Gewässer hinwegdenken. Die Erde würde dann ganz seltsame Formen haben; hier niedrige Gebirge bis zu 8810 Meter Höhe, dort unermessliche Tiefen bis zu 10000 Meter. Diese gewaltigen Höhenunterschiede machen jedoch bei einem Erdradius von 6370 Kilometern recht wenig aus. Auch die höchsten Berge ragen noch nicht 9 Kilometer oder 1,4 pro Mille des Erdadius über den Meeresspiegel in die Höhe; sie erhalten deshalb auf einem Globus von 1 Meter Radius nur 1,4 Millimeter Höhe, sodass selbst durch die höchsten Gebirge die Kugelform der Erde kaum beeinträchtigt wird.

Die gewaltige Erhebung der Erdoberfläche ist das Schneegebirge des Himalaja in Indien, zwischen den Flüssen Indus und Ganges, in einer Ausdehnung, die länger ist als die Strecke von Paris bis Moskau, und breiter als der Raum zwischen dem sächsischen Erzgebirge und der Ostsee. Der mit ewigem Schnee bedeckte Mount Everest, von den Bergjägern genannt, ist der höchste Gipfel dieses Gebirges, und seine Spitze (8840 Meter) ist somit der höchste Punkt der Erde. In Amerika sind die Anden in Chile, mit 7036 Meter, in Afrika der Kilimandscharo in Deutsch-Ostafrika mit 6010 Meter, in Europa der Elbrus im Kaukasus mit 5640 Meter und der Mont Blanc in den Alpen mit 4810 Meter die höchsten Berggipfel. Die höchsten Wohnstätten, die dauernd von Menschen bewohnt werden, sind in Europa das Dorf Santa María am Cilicero, 2540 Meter hoch gelegen. In Amerika ist der höchste Gipfel eine Bergaufsicht, die Treasures City mit ihren Silberminen, im Gebirge der Anden, die in einer Höhe von 2794 Meter liegt. Noch höher (4000 Meter) liegt das berühmte Potosi (Bolivia), das eins wegen seiner ergiebigen Silberminen über 150.000 Einwohner zählt. Das gleichende Gold kostet den Menschen noch höher und lädt ihn noch schlimmere Entbehrungen ein, die 4980 Meter über dem Meer gelegen ist. Hier steht zwar ein einfaches festes Gebäude von Holz oder Stein, aber hunderte von weiteren Zelten aus einem schwarzen Filzstoff, der in Tibet aus den Haaren des Pelz bereitet wird. Wegen der großen Höhe und beständigen Winterstürme stehen diese Zelte in Gruppen von 7 bis 8 Fuß Tiefe. Im Winter ist diese Ansiedlung bebauter als im Sommer, da sich der gesamte Boden leicht auf Gold durchdringen lässt.

Wenn auch der Mensch auf jedem Erdoden nur 8840 Meter kommen kann, so ist es ihm doch mit Hilfe des Luftballons möglich, weit größere Höhen zu erreichen. Im Jahre 1901 gelangte Professor Berling bis zu einer Höhe von 10.800 Meter, ein unbekannter Registrator ballon erreichte sogar in 1 Stunde 7 Minuten 18.500 Meter Höhe. Im Freiballon sind Höhen von 6000 bis 9000 Meter keine Seltenheit. Am 29. September 1915 erzielte der Flieger Stolpisch auf einer 12000 Meter, der Welfenford im Flugzeug darüber zurück 6200 Meter nicht überschritten haben, sodass sich also in dieser Höhe der Welfenford dem Stolpisch überlegen zeigt.

Im Vergleich zu den Gipfeln der Berggebiete und zu den

hohen Gebüschen, die mit seinen 188 Meter als zweithöchstes Gebäude gilt, an die vier Stufen zurückgelassen. Es folgen das Washington-Denkmal, 159 Meter, das Rathaus zu Philadelphia, 158 Meter, und der Kölner Dom, 156 Meter. Solche Höhen würden sich auf einem höheren Globus kaum bemerkbar machen.

Bemerkenswert ist, daß der Mensch im Freiballon fast die sieben Meterzahl in Höhe über dem Meeresspiegel erreicht hat, bis er mit dem Seestuhl als größte Tiefe unter dem Meeresspiegel setzte. Am 2. Juni 1912 hat das deutsche Vermessungsschiff "Planet" ungefähr 40 Seemeilen nordöstlich der Philippineninsel Mindanao die größte bisher gemessene Meerestiefe mit 9780 Meter erzielt. Die zweittiefe Stelle wurde im Jahre 1899 von dem amerikanischen Schiff "Nero" im nördlichen Stillen Ozean, nahe dem Marianenarchipel, mit 9638 Meter erreicht. Es sind bis jetzt acht Meerestiefen über 9000 Meter bekannt; kolossal Tiefen, wenn man bedenkt, daß der Mensch mit Taucheranzügung nicht tiefer als 75 Meter hinabgehen kann. Die durch Tiefstürungen im Meere gefundenen Stellen sind zugleich die tiefsten Punkte der Erdoberfläche. Auf dem Festlande ist man durch Bohrungen bis zu 2240 Meter Tiefe im das Erdinnere eingedrungen. Dieses tiefste Bohrloch der Erde befindet sich bei Czuchow im Kreise Rybnik (Oberschlesien); man misste 7½ Fesselstunden aufzusteigen, um von dem Bohrgestein zur Erdoberfläche zu gelangen. In demselben Kreise, bei Czuchow, liegt auch das zweittiefe Bohrloch, das bis zu 208,3 Meter Tiefe reicht.

Steht man die Tiefe der Erdkruste, die nach den neuesten Beobachtungen über 100 Kilometer mächtig ist, in Betracht, so sind die unter Überwindung größerer Schwierigkeiten neben gebrachten Bohrlösen kaum beachtenswert. Bei einer Größe des Erdadius von 6370 Kilometer bedeutet das tiefste Bohrloch mit 2,24 Kilometer gerade so wenig wie ein Kabelschild von 2 Millimeter Tiefe auf einer Kugel von 18 Meter Durchmesser. Den weiteren Vordringen in das Erdinnere stellen sich ungeheure Schwierigkeiten entgegen, die heute noch nicht technisch und auch wohl nicht finanziell überwinden werden können. Nach 25 Meter Tiefe steigt die Temperatur um 1 Grad Celsius; bei 100 Metern Tiefe müssen daher die Bergleute oft sehr hohe Temperaturen, bis zu 40 Grad und darüber, aushalten. Die neueren Erfahrungen haben gelehrt, daß die geothermische Zunahme, die man bisher als konstant annahm, sich mit dem wechselnden Vorbeugen in die Tiefe ändert. Bei 200 Meter bedarf es eines tieferen Kabinettetages, um eine Temperaturzunahme von 1 Grad zu kompensieren, als wenn man sich bei 300 Meter Tiefe befindet. Oft bewirkt auch unterirdische Gewinnung, besonders, wenn man die geistige Kugel nicht überwinden kann, eine Veränderung der Erdtemperatur.

Unter längstens, das Meter, wurde bekanntlich 1791 durch die französische Nationalversammlung als der zehnmillionste Teil des Meridianquadranten festgesetzt. Dieses Verhältnis stimmt nicht genau; denn der Meridianquadrant hat in Wirklichkeit eine Länge von 10.002.286 Meter. Die gesamte Oberfläche der Erde hat die moderne Geodäsie auf 510,1 Millionen Quadratkilometer berechnet und den Umfang des Äquators auf 40.070,37 Kilometer Länge. Diesen gewaltigen Abstandswerten gegenüber verhältnismäßig fast die nach menschlichen Begriffen schier unerreichbaren Höhen und Tiefen auf der Oberfläche unseres Planeten.

L. S. R.

Bemerktes.

Wetter aus Preußen. Ein Wetterfrosch, der dem Naturforscher gleicht, bissiger und für Kranken sogar zuträglicher ist, kann aus der Brennessel gewonnen werden. Man erntet die Brennesseln zu diesem Zeit vor der Blüte, trocknet und zerkleinert sie. Darauf werden sie mit Wasser, Eisig, Salz, Öl und Alkohol etwa zwei Stunden lang gekocht, bis die Brennesseln eine weißliche Farbe angenommen haben und der süßliche Teil des Blättergels verfließt. Auf 10 Teile Wasser, 20 Teile Alkohol, 5 Teile Öl, 3 Teile Eisig und 2 Teile Salz. Die Worte wird sodann getrocknet, zu Pulver gestossen und kann darauf wie der Naturfrosch zur Würzen jeder Speise benutzt werden. Für die Kranken kostet er sogar gesundheitliche Vorteile vor dem Naturfrosch.

100 Jahre vor Zabern.

Wenn wir daher nicht im Auto behalten, was Deutschland zu verlieren hat, so läge mir sich nicht viel daran, ob ein französischer Marschall wie Bernadotte, an dem wenigstens früher begeisterte Bildung der Freiheit vorübergegangen sind, oder ein deutscher aufzublasener Edelmann ohne Eltern und mit Nohheit und frechem Nebermut über einen Teil von Deutschland gebietet." (Fichte, "Reden an die deutsche Nation.")

* * * * * Die heutige Bedeutung des gegenwärtigen Kampfes ist der Krieg gegen die Willkür... Unter Alleinherrschaft muss eben weg! " — "Kein Volk von Sklaven ist möglich!" — "Das Reich ist der Bund der Freien, dieses auch allein ist bewaffnet; der Landesherr darf sie nicht waffen." (Fichte, "Reden an mein Volk," 1818.)

Moral.

Wenn Vandalen nur mit Dolchen morben, Bleicht man ihren Schädel auf 'em Holz; Aber wenn der Helden Trost in Horden Länder würget, sind die Helden stolz.

Wenn der Mann dem Manne, der ihm glaubet, Seinen Södel sieht, ist's Bezug; Aber Herrschucht die Provinzen raubet, Meint der Staatskunst hohe Schule klug.

Durch der Volulen schielte Brille Ist Moralität ein Possenspiel Und Gerechtigkeit nur eine Grille, Die in Philosophenschädel fiel.

Arme Brüder, las euch Gott zu Rett'n, Zu des Unsens Eisenoch gemacht? Und vermag kein Rächer euch zu retten Aus der Vorwölle langer Nacht? ...

Johann Gottfried Seume.

Geschichtskalender.

28. Januar:

1807 Frieden zu Memel.
1811 Henri Murger, französischer Schriftsteller (Roman: "Die Boheme"), in Paris.
1818 Adalbert Eller, Dichter, in Linz.

29. Januar:

1768 Johann Gottfried Seume, Schriftsteller, ("Spaziergang nach Sigratz") in Böserau.
1860 Ernst Moritz Arndt, Dichter, in Bonn.

1910 Dudenburg-Jannach droht mit Staatsstreich (1. Leutnant und 10 Mann).

30. Januar:

1849 Einrichtung Karls I. — England wird Republik unter Cromwell.
1781 Adalbert v. Chamisso, Dichter (und Verleger-Lieber), auf Schloss Monceau in der Champagne.